

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

C D

So sieht „Preissenkung“ aus!

Einer Brotteuerung entgegen?

Die geprellten Konsumenten

Der notverordnete Preisabbau erweist sich immer mehr als ein Hieb in die Luft, wenigstens soweit der Massenhaushalt in Frage kommt. Diese von uns wiederholt aufgestellte und bewiesene Behauptung wird auch durch eine Untersuchung des Statistikers Kuczinski in der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ bestätigt. Diese führte zu dem Ergebnis, daß entgegen den amtlichen Zahlen die Ernährungskosten im Dezember 1931 ebenso hoch waren wie im Dezember 1930, „da die Preissenkung die billigen Nahrungsmittel wie Brot, Hülsenfrüchte, billige Gemüse usw. im Gegensatz zu den teuren Nahrungsmitteln wie Fleisch, Butter, Eier nicht oder kaum senkte.“

Es besteht aber auch gar keine Aussicht, daß im weiteren Ablauf des Preisabbaus eine Aenderung zum Guten eintreten wird. Herr Goerdeler wird zwar si her nicht aufhören, solange er seines Amtes waltet, jeden Pfennig Preisabbau als einen großen Erfolg zu registrieren, aber seine Chancen, auch den Massen imponieren zu können, sind nun einmal nicht groß. Im Gegenteil: es besteht ernste Gefahr, daß der illusionäre Preisabbau schon demnächst in einen sehr realen Preis a u f b a u umschlägt. Darauf verweisen einmal die sehr nachdrücklich gemachten Versuche, die Zollmauern für wichtige Nahrungsmittel noch weiter zu erhöhen, und zum andern die erst vor wenigen Tagen von dem sogenannten Reichsernährungsminister gemachte Ankündigung, daß die Reichsregierung entschlossen ist, auf dem beschrifteten Wege der Agrarpolitik konsequent fortzuschreiten. Wohin dies zu führen droht, wird durch die nachstehende Meldung illustriert, die eine bürgerliche Korrespondenz verbreitet:

diese in Deutschland wieder entscheidend von der Höhe der Zölle bestimmt werden, so bedingte der Preisabbau in jedem Falle auch einen sehr massiven Abbau der Zollmauern für alle Agrarprodukte. Doch der Zutritt in dieses Reich war dem Preiskommissar allem Anschein nach vom ersten Tage an verboten. Das ist ein ausschließlicher Tummelplatz für den Reichsernährungsminister, der sein Amt offenbar dahingehend auffaßt, daß er nicht für die Ernährung des Volkes, sondern allein und ausschließlich für die Ernährung der Landwirtschaft zu sorgen habe.

Der Landwirtschaft? Nicht einmal davon kann die Rede sein. Der Kreis derer, für deren reichliche Ernährung der Reichsernährungsminister sorgt, ist noch ungleich enger gezogen. Wie eng, das hat der kürzlich verstorbene Nationalökonom Lujo Brentano noch ganz unlängst in einem inzwischen publizierten Briefe ausgesprochen:

„Die Regierung, um 8000 bankrotten Großgrundbesitzern zu helfen, erhöht die Zölle. Was das deutsche Volk zu diesem Zweck, der doch nicht erreicht wird, zahlt, beträgt jetzt schon mehr als das Doppelte dessen, was wir dank dem Young-Plan jährlich an Reparationskosten zu zahlen haben. Nur darf man das nicht öffentlich sagen, sonst wird man des Landesverrats angeklagt.“

Deutschland ist eben nicht nur dem „Feindbund“ sondern auch dem Landbund „tributpflichtig“, und wahrscheinlich wird von den deutschen Lasten von jenem nur darum so viel gesprochen, um die Bürde, die dieser — der Landbund — der Bevölkerung in wachsender

Höhe aufhalst, in den Hintergrund treten zu lassen, damit Schiele mit um so größerer Ungestörtheit seinen verderblichen Kurs der Volksunterernährung und Lebensmittelteuerung fortsetzen kann.

Keine Bierpreissenkung

TU. München, 15. Januar.

Nach einer Mitteilung des bayerischen Brauerbundes sind die letzten Meldungen über eine angeblich bevorstehende Senkung der Biersteuer falsch. Der Reichsfinanzminister habe vielmehr erklärt, daß er zur Zeit

Keine Senkung der Biersteuern

in Aussicht stellen könne. Damit kämen aber auch die Voraussetzungen für eine Bierpreissenkung in Wegfall. Der bayerische Brauerbund hat deshalb in einem Telegramm an den Reichsfinanzminister auf die ungeheure Bestürzung und Erregung in Bayern wegen der Ablehnung der Biersteuersenkung hingewiesen. Die bereits verfügten Preisherabsetzungen beim Brau- und Gastwirtgewerbe müßten ohne Mitwirkung des Fiskus völlig verpuffen, und ein Massensterben der Brauerei- und Gastwirtbetriebe sei unvermeidbar, wenn sich nicht im letzten Augenblick noch eine andere Auffassung durchsetze. Heute finden übrigens Verhandlungen mit dem bayerischen Preiskommissar, Professor Dr. Zahn, über den Bierpreis statt.

„Vorwärts“ wahr Belange

Er zerbricht sich Brünings Kopf

§ Berlin, 15. Januar.

Der „Vorwärts“ ist in furchtbarer Aufregung. Die Nazis begehnen „Treibereien im Dunkeln“, sie hintergehen die Reichsregierung auf die schändlichste Weise. Die Regierung selbst und auch die Blätter der Regierungsparteien sind durchaus nicht beunruhigt, sie überlassen alle Aufregung dem Organ der treuesten Regierungsstütze, dem „Vorwärts“, der sich in der Abendausgabe vom Donnerstag und dem Morgenblatt vom Freitag eingehend mit dem Unrecht beschäftigt, das der Regierung von den Nazis widerfährt.

Der Nazi-Rosenberg hat im „Völkischen Beobachter“ mitgeteilt, in London sei ihm „von der dortigen Botschaft eines Großstaates“ bekanntgegeben worden, „daß mit der jetzigen Reichsregierung keine dauernden Abmachungen getroffen werden könnten“. Und voller Entrüstung entnimmt der „Vorwärts“ aus Rosenbergs Artikel, daß die NSDAP „zum mindesten den Willen hat, mit ausländischen Regierungen gegen die Regierung des eigenen Landes zu konspirieren“.

Der „Vorwärts“ tobt, deutet freilich nur zart an, daß er solche Konspirationen für Hochverrat hält und mahnt als getreuer Ekkehard des Herrn Brünings die Regierung an ihre Pflicht, zu erklären, daß

„sie vom Reichspräsidenten ernannt und vom Reichstag nicht gestützt, also die verfassungsmäßige deutsche Regierung sei“.

Aber die Regierung denkt gar nicht daran, irgend etwas zu erklären, wenn von ihren Lieblingskindern ein bißchen Hochverrat gegen sie begangen wird. Für solche Fälle hat sie ihren goldenen Humor bei der Hand. Durch eine „zuständige Stelle“ wird erklärt, „man habe von einem sofortigen amtlichen Dementi abgesehen, weil diese Behauptung des Herrn Rosenberg das Maß der erlaubten Phantasie übersteige“.

Aber das ist nicht das einzige Unrecht, das die Nazis der Regierung antun. Schmächtig hintergangen haben sie Herrn Brünings, stellt der „Vorwärts“ entrüstet fest. Er hat nämlich die Entdeckung gemacht, daß Hitler von Anfang an die Absicht hatte, Brünings Plan der parlamentarischen Amtsverlängerung Hindenburgs zu sabotieren, ja seine Absicht ist sogar „die Sabotage der kommenden außenpolitischen Verhandlungen hinter dem Rücken der Reichsregierung“. Es gehörte wahrlich kein allzu großer politischer Scharfsinn — aber offensichtlich doch mehr als in der „Vorwärts“-Redaktion vorhanden ist — dazu, zu sehen, daß Hitler nicht bedingungslos auf Brünings Leim kriechen würde, aber der „Vorwärts“ braucht den „Deutschen“, das Organ der Christlichen Gewerkschaften, dazu, das jetzt „enthüllt“, daß einem seiner Redaktionsmitglieder bereits am 3. Januar, also vor der Berliner Besprechung, bekannt war, das entscheidende Führungsgremium der Harzburger Front werde sich Brünings Plänen widersetzen.

Eine furchtbare politische Intrigue! entringt es sich der gequälten „Vorwärts“-Brust, eine Intrigue, „die sich mit den Treibereien messen kann, die unter dem kaiserlichen Regime gespielt wurden, zu einer Zeit, als die

Bekenntnis zur Revolution

Am Grabe von Karl und Rosa

Berlin, 15. Dezember

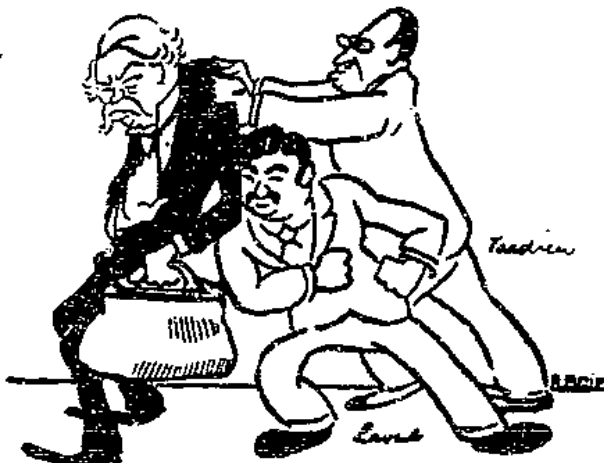
Zu einer eindrucksvollen und erhebenden Gedächtnisfeier fanden sich am heutigen Freitag am Grabe von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg eine Erwerbslosenstaffel des SJV und der SAP sowie Vertreter des Bezirksvorstandes und des Hauptvorstandes ein. Während der Gedenkworte des Genossen Kurt Rosenfeld, die dahin ausklangen, im revolutionären Geiste von Rosa und Karl für die Befreiung der Arbeiterklasse weiter zu kämpfen, wurden von Genossen der Erwerbslosenstaffel die Kränze des SJV, des Bezirksvorstandes und des Hauptvorstandes niedergelegt. Die Inschriften der Schleifen lauteten: „Den unvergeßlichen Führern des Proletariats“ sowie „Den Vorkämpfern der sozialen Revolution“.

Ein Genosse der Staffel trug eine Rezitation „Die Revolution“ vor, die auf die Anwesenden tiefen Eindruck machte. Nach einem kurzen Verweilen am Grabe der Revolutionsopfer konnte man jedem einzelnen am Gesicht ablesen, daß er innerlich erneut ein Treuegelöbnis ablegte, im Geiste Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs unentwegt weiter zu kämpfen.

Mit voranwehender Sturmflut zog die Staffel, die etwa 120 Mann stark war, unter dem Gesang revolutionärer Lieder zum Ausgang des Kirchhofes zurück. Auf dem Rückwege begegnete der Staffel bereits eine Formation der „Antifa“, die ebenfalls zum Grabe zog. Man konnte aus dem gegenseitigen ernsten

und stummen Gruß den unverbrüchlichen Willen erkennen, sich zusammenzufinden und eines Tages doch Schulter an Schulter gegen den gemeinsamen Feind der Arbeiterklasse, den Faschismus, zu kämpfen. Mit dem Gefühl der Klassenverbundenheit trennte sich die Staffel vor dem Eingang des Friedhofsfelder Friedhofes, und man konnte feststellen, daß auch die jüngeren Genossen bereits den ganzen Ernst der Situation erfaßt haben. Strengste proletarische Disziplin zeichnete die Kundgebung aus.

Brlands „freiwilliger“ Rücktritt



Pardon, ich will ja gern gehen, aber stoßt doch nicht so heftig! (Populäre)

Hinterterre der beliebteste Ort für politische Aktionen war!"

Aber was das weitläufige Schlimmste ist: der „Vorwärts“ findet sich nicht mehr durch, er weiß nicht mehr: wer intriguiert nun eigentlich gegen wen? Wenn die nationale Opposition schon am 3. Februar von den Plänen der Reichsregierung unterrichtet war, so müssen doch — das merkt sogar das sozialdemokratische Zentralorgan,

„Eben aus dem engsten Kreise der Regierung zu den Führern der Harzburger Front laufen. Die Sabotage hätte dann nicht erst im Lager der Harzburger Front, sondern im Kreise um die Regierung selbst begonnen!“

All diese „Enthüllungen“ und reichlich spät gekommenen Erkenntnisse veranlassen den „Vorwärts“ aber zu keinem weiteren Wort gegen die Regierung. Er tobt weiter über das „unehrliche“ Spiel der nationalen Opposition, über die „Sabotage nach innen hin und die Sabotage gegen die Außenpolitik der Regierung“, und kommt zu folgendem Schluß:

„Über die Sabotage in die allgemeine Verwirrung, mit Hilfe der allgemeinen Verwirrung zur Macht — das ist das Ziel der sogenannten „nationalen“ Opposition. Daß dabei die außenpolitischen Interessen Deutschlands empfindlich geschädigt werden würden, stört die Harzburger nicht. Denn die sogenannte „nationale“ Opposition hat noch niemals viel übrig gehabt für das wahrhaft Nationale!“

Für das „wahrhaft Nationale“ braucht eine „nationale Opposition“ nicht viel übrig zu haben, die im „Vorwärts“ einen Kontrahenten hat, mit dessen nationaler Zuverlässigkeit sie doch nicht konkurrieren kann. Es ist eine im Sinne des „Vorwärts“ nationale Tat, wenn er sich in dieses politische Intriguenspiel, auf das er pro forma ein bißchen schimpfen muß, so willig verstricken läßt. Denn wen hält er eigentlich für so dumm, Hitler oder Brüning? Wir überschätzen seinen politischen Instinkt gewiß nicht, aber das eine müssen wir ihm doch zubilligen: er muß wissen, daß nicht nur Hitler gegen Brüning, sondern auch Brüning und Hitler gemeinsam gegen alles konspirieren, was sich „republikanisch“ nennt. Aber er steckt den Kopf in den Sand, spielt sich als Schützer der Regierung gegen die nationale Sabotage auf und glaubt, indem er außenpolitisch Herrn Brüning zu Diensten ist, einen Keil in die bereits festgeschmiedete, wirklich eiserne Front zu treiben, die nach Lausanne noch viel fester werden wird. Der „Vorwärts“ und mit ihm die Sozialdemokratie glauben zu schießen, indem sie den Naiven spielen, und sie merken dabei gar nicht, daß sie längst die Geschobenen sind. Sie merken vor allem nicht — und das ist das eigentlich Gefährliche an diesem ganzen Spiel —, daß es die deutsche Arbeiterschaft ist, auf deren Rücken schließlich wieder die ganze Angelegenheit ausgetragen, die heute zu einer Schachfigur im politischen Brettspiel Brünings entwürdigt wird und schon morgen endgültig das Opfer der stabilisierten faschistischen Macht sein kann.

Die Sozialistische Arbeiterpartei muß den Massen über dieses gefährliche Versteckspiel die Augen öffnen, sie fortreißen von „nationalen Taten“, wie die Sozialdemokratie sie ausführen zu müssen glaubt, und ihren entschiedenen Klassenbestimmten Abwehrwillen gegen politische Intriguen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, stärken und sammeln.

Poncet bei Brüning

TU. Berlin, 15. Januar.

Der französische Botschafter François Poncet, der am Donnerstag aus Paris zurückgekommen ist, hatte am Freitag nachmittag den Kanzler aufgesucht, mit dem er eine längere Unterredung hatte.

Sensationelle Verhaftung

Der Falschgeldzentrale der Berliner Kriminalpolizei ist ein sensationeller Fang geglückt. Und zwar konnte der bekannte Rechtswissenschaftler, der 42 Jahre alte Dr. Cornell Salaban, der sich als Autor mehrerer juristischer Bücher, vor allem aber als Herausgeber des Handbuchs für internationales Recht, in wissenschaftlichen Kreisen einen Namen gemacht hatte, und dessen 33jährige Ehefrau als Falschgeldmünzer entlarvt und festgenommen werden. Salaban hat bereits seit dem Jahre 1923 falsche Zweimarkstücke hergestellt und zusammen mit seiner Frau auf den Berliner Wochenmärkten umgesetzt. Insgesamt sind von den beiden bisher mehr als 30 000 dieser raffiniert hergestellten Falschgeldstücke in den Verkehr gebracht worden. Salaban bewohnte in Lichterfelde in der Potsdamer Straße 61 eine luxuriös eingerichtete, zweistöckige Villa, wo er nachts in einem verborgenen Kellerraum die Falschstücke auf einer Prägemaschine herstellte. Er hat bereits ein Geständnis abgelegt, will aber noch einen Helfershelfer gehabt und nur insgesamt etwa 4000 Mark falsche Zweimarkstücke gebracht haben.

Arbeitslosenunruhen in Holland.

Amsterdam, 13. Januar

In mehreren holländischen Ortschaften haben sich Arbeitslosenunruhen ereignet, insbesondere in Groningen. Beim Eingreifen der Polizei wurde eine größere Anzahl Personen verletzt.

Wilhelm der Dritte

Groener macht „seine“ Soldaten scharf

Dieser Tage hat die Heeresleitung im Reichswehrministerium Richtlinien für die Erziehungsarbeit im Reichsheer herausgegeben, die sie selbst als „Leitgedanken“ bezeichnet. Sie stellen sich beim näheren Ansehen dar als die betonte Anlehnung an die kaiserlich-königliche Tradition. Kernsätze daraus mögen hier stehen:

„Das Diktat von Versailles zertrümmerte das Heer der Kaiserzeit; es raubte dem deutschen Volke das vornehmste Recht eines freien Staates, seine Wehrmacht nach den nationalen Belangen zu gestalten; es raubte damit zugleich dem deutschen Manne in seiner Gesamtheit das stolze Recht des Freien, dem Vaterlande mit der Waffe zu dienen...“

„Wer in Zeiten nationaler Not dem Vaterlande den Dienst versagt, fällt dem Kämpfer an der Front in den Rücken. Dem Kriegsdienstverweigerer gebührt daher ebenso wie dem Landesverräter die Feindschaft und Verachtung jedes Deutschen. Aber auch schon der pazifistische Allerweltsglückler oder der egoistische Schwächling bildet eine Gefahr, denn er untergräbt den Wehrwillen im Volke.“

Die Formulierung ist nicht übel. Sie soll

wohl eine Art Ersatz für den von Groener gegen den Widerstand der Formaljuristen des Reichsjustizministeriums immer noch nicht durchgesetzten Strafgesetzsatz gegen die „Staatsverleumdung“ vorstellen? Daß der Wehrminister so eine ganze große Schicht des Volkes gewissermaßen außerhalb des Gesetzes stellt und in die Acht und Aberacht erklärt, sollte wohl — wird aber nicht! — den Staatsanwalt auf die Beine bringen. Nach einer längeren Erläuterung des Begriffs „Vaterland“, wie der General Groener darzustellen, gibt es in den Leitsätzen auch noch eine Erklärung des Gegenteils. Dafür wählt der Wehrminister den durch Wilhelm II. bekanntgewordenen Begriff: „vaterlandslos“, was ja nicht zu verwechseln sein wird mit dem Begriff: „staatenlos“. Da heißt es:

„Vaterlandslos ist aber auch derjenige, der das Recht seines Volkes zu nationalem Eigenleben verneint, der internationale Interessen einer Volksklasse oder das verschwommene Wunschbild einer internationalen Menschheit den Lebensnotwendigkeiten der deutschen Volksgemeinschaft voranstellt.“

Das ist starker Tobak. Die sozialdemokratische Minister Groener diese Anordnung ergehen

tischen Führer haben ja allerdings, lange beachtlich, gegen die eine Beschwerde nicht stattfindet, sich und die ihnen anvertrauten internationalen Interessen der ihnen folgenden Arbeiterschaft dem „nationalen Belange“ untergeordnet und aufgeopfert, wie Groener es befahl.

Aber die „Lebensnotwendigkeiten der deutschen Volksgemeinschaft“ richten sich nach dem Existenzrecht der Arbeiterklasse, die nun einmal unbestreitbar die Mehrheit des Volkes verkörpert. Ihre Interessen weisen über die komischen Grenzbarren hinweg in die Welt. Und so dürfen die Arbeiter über die gespreizte Würde und den geschraubten Ton der Leitsätze des Wehrministers hinwegsehen und müssen unheimlich ihren Interessen nachgehen, die nicht identisch sind mit den sogenannten „nationalen Belangen“.

Die Aufhetzung der Soldaten gegen die Arbeiterschaft mag heute noch gelingen. Aber auch das vom Volk abgeschlossene Söldnerheer unterliegt den gesellschaftlichen Gesetzen, die der Wehrminister im Reichswehrministerium nicht zu kennen braucht, und dann wird kein noch so „schneidiger“ Leitgedanke standhalten!

Gasmasken-Fabrikanten brauchen Aufträge

Kostspielige und gefährliche Luftschutzexperimente

Von der sächsischen Regierung wird der Öffentlichkeit folgende amtliche Meldung übergeben:

„Der Luftschutz der Bevölkerung, eine Frage, die schon seit langer Zeit die Öffentlichkeit beschäftigt hat, wird jetzt von den Behörden in Angriff genommen. Zu diesem Zwecke wird eine Besprechung im Ministerium des Innern stattfinden, an der Vertreter des Gemeindetages, der Feuerwehren, der Sanitätsorganisationen, der Technischen Nothilfe und sonstiger beteiligter Stellen hinzugezogen werden. In dieser Besprechung sollen die Richtlinien für die Einrichtung eines zivilen Luftschutzes im Lande Sachsen durchgesprochen, nach ihrer endgültigen Festsetzung sodann an die Durchführung der ersten Maßnahmen für einen Luftschutz der Bevölkerung herangegangen werden.“

Wie wir hierzu weiter erfahren, erfolgt dieses Vorgehen Sachsens in Uebereinstimmung mit dem Reich: der Plan der allgemeinen Organisation eines Luftschutzes in ganz Deutschland kommt aus dem Reichsinnenministerium (Chef: Groener!). Die vorgesehenen Maßnahmen, über die die sächsische Presse in einer streng vertraulichen Pressekonferenz unterrichtet wurde, sind — soviel dürfen wir wohl verraten — durch und durch dilettantisch und zur Unwirksamkeit verurteilt. Es ist ja auch durch die führenden Fachleute längst nachgewiesen, daß es einen wirksamen Schutz der Zivilbevölkerung der Großstädte gegen moderne Luftangriffe nicht gibt. Was jetzt

in Sachsen und in Deutschland überhaupt in die Wege geleitet wird, ist eine

Spielerei für Offiziere und Bürokraten, die uns allerhand Geld kosten wird und von unserem Standpunkt aus die Gefahr in sich schließt, daß die Bevölkerung sehr zu Unrecht die Besorgnis vor dem drohenden Giftgaskrieg aufgibt. Da ohne Zweifel auch eine Mitwirkung der Reichswehr vorgesehen ist, wird die ganze Sache außerdem sehr möglicherweise neue internationale Verwicklungen und Konflikte heraufbeschwören: in diesem Moment für Deutschland ganz besonders angebracht! Den Nutzen werden nur einige Fabrikanten von Gasmasken usw. haben — diese Leute finanzieren ja auch erwiesenermaßen seit Jahren die ständig sich steigende Propaganda für den Luftschutz.

Von besonderem Interesse dürfte noch sein, daß die Regierung daran denkt, neben der Technischen Nothilfe und dem Roten Kreuz auch den Arbeitersamariterbund als aktiven Träger der Luftschutzarbeit heranzuziehen. Wir wissen nicht, ob die Instanzen des Arbeitersamariterbundes bereits ihre Mitwirkung zugesagt haben. Immerhin erinnert man sich in diesem Zusammenhange daran, daß auf der letzten Tagung des Bundes in Heidelberg ein sehr befremdliches Referat für Luftschutz gehalten wurde. Wir hoffen und erwarten, daß auf jeden Fall die Mitgliedschaft ein Einschwenken in die nationale Einheitsfront des Luftschutzes entschieden ablehnen wird!

Die Gärung in Spanien

TU. Madrid, 15. Januar

In Alcala de Henares bei Madrid sind mehrere Agitatoren und Soldaten wegen aufrührerischer Propaganda verhaftet worden. Zugleich wurden viele anarchistische Flugblätter beschlagnahmt, mit denen die Garnison und die Arbeiter aufgewiegelt werden sollten.

Eine zur Aussprache über Lohnfragen einberufene Versammlung von Eisenbahnern in Valencia mußte wegen ungeheuren Tumult aufgelöst werden, da die Redner mit Äpfeln beworfen wurden.

Die Extremisten versuchen, die Eisenbahner in ganz Spanien zum Streik zu bewegen.

Scharfmacherkurs in Schweden

Massenauspeerrung in der Metallindustrie angedroht

Stockholm, 15. Januar.

Der Arbeitgeberverband hat heute beschlossen, die Arbeiter der Eisenhütten- und Maschinenfabriken auszusperrn, wenn nicht bis zum 24. Januar eine Einigung über den schwebenden Lohnkonflikt zustande kommt. Von diesen Maßnahmen werden rund 90 000 Arbeiter betroffen.

Ferner ist in der Zellstoffindustrie ein Streik zu erwarten, von dem weitere 21 000 Arbeiter betroffen werden. Der Tarifvertrag, der bereits zum Jahreswechsel fortfiel, wurde damals vorläufig verlängert, diese Frist läuft jedoch am Freitag ab. Die Ansichten für einen Vergleich sind den Pressenachrichten zufolge sehr gering.

Englische Polizei schützt Gelbe

London, 15. Januar.

In Great Harwood bei Blackburn fand am Donnerstag eine große Arbeitslosenkundgebung statt, die zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei führte. 2000 Baumwollweber veranstalteten eine Kundgebung gegen das Verhalten von 40 Webern, die nicht zu den von der Gewerkschaft vorgeschriebenen Bedingungen arbeiteten. Die Demonstranten drohten, über die 40 Weber herzufallen. Bestimmte Polizei mußte die 40 Mann zu ihren Wohnungen begleiten.

Das „nationale“ Australien

Canberra, 15. Januar.

Generalstaatsanwalt Latham legte dem Kabinett einen Abänderungsantrag zum Strafgesetz vor, der Maßnahmen zur Bekämpfung des Kommunismus enthält.

Die russischen Paktverhandlungen

Erfolgreich mit Lettland. — Mißerfolg mit Rumänien?

Riga, 15. Januar.

Die lettland-russischen Nichtangriffsvertrags-Verhandlungen gehen erfolgreich weiter. Der russische Vorschlag, einen Schlichtungsausschuß anstelle eines Schiedsgerichts einzusetzen, ist als Grundlage der Verhandlungen angenommen worden. In grundsätzlichen Fragen ist bereits eine Einigung erzielt. Jetzt drehen sich die Verhandlungen nur noch um die Abfassung des Vertrages und der Nebenbestimmungen.

Die Zeitungskorrespondenz Südost meldet aus Bukarest, der rumänische Außenminister Prinz Ghika habe zu den Verhandlungen über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit Sowjetrußland erklärt, daß die von Sowjetrußland gestellten Bedingungen unannehmbar seien.

Erheblicher Bevölkerungszuwachs in Polen

Warschau, 15. Januar.

Nach vorläufigen Angaben über die zweite Volkszählung in Polen ist in den letzten zehn Jahren ein Bevölkerungszuwachs um 18,9 vH. zu verzeichnen, das sind rund 5 Millionen mehr als im Jahre 1921, wo 26,8 Millionen Einwohner gezählt wurden. Demnach hat Polen heute 31,9 Millionen Einwohner ohne das in den Kasernen untergebrachte Militär.

Die Botschaft hör' ich wohl...

Genf, 15. Januar.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat den Bericht der Kommission für Arbeitslosigkeit angenommen. In dem Bericht werden Vorschläge gemacht, die auf dem Wege einer Verkürzung der Arbeitszeit eine Entlastung des Arbeitsmarktes herbeiführen wollen; u. a. wird vorgeschlagen, daß die Ueberstunden abgeschafft werden sollen und daß die Betriebe, ehe sie zu Entlassungen schreiten, die Arbeitszeit des Personals verkürzen. Unter gewissen Vorbehalten spricht sich die Kommission für die Einführung der 40stündigen Arbeitswoche aus. Der deutsche Regierungsvertreter, Ministerialdirektor Dr. Weigert, hat dem Bericht zugestimmt, während der englische Regierungsvertreter den Bericht ablehnte.

Internationale Erwerbslosenkundgebung der Kommunisten

Moskau (über Kowno), 15. Januar.

Die Kommunistische Internationale hat beschlossen, am 1. Februar einen internationalen Erwerbslosentag durchzuführen, an dem sämtliche kommunistischen Parteien und Organisationen aller Länder demonstrieren müssen trotz bestehender Kundgebungsverbote. Die Kundgebungen sollen unter dem Zeichen stehen: „Kampf gegen das Bürgertum, für die Errichtung der Sowjetdiktatur“.

Neue „Säuberungsaktion“?

Am 30. Januar wird in Moskau unter Vorsitz Stalins die Bundeskonferenz der kommunistischen Partei der Sowjet-Union eröffnet. Ein Teil der Konferenz wird geheim sein. Stalin wird in seiner Rede nicht nur die parteipolitischen Probleme besprechen, sondern auch Stellung nehmen zu den rechts- und linksoppositionellen Elementen in der Partei.

Staatsbeihilfe für New-York

New York, 15. Januar.

Die Stadt New York ist vorläufig ihrer finanziellen Schwierigkeiten enthoben, da der Staat einen Betrag von 15 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt hat.

Kapitalistische Sumpflüthen

Der Behala-Skandal / Aus der letzten Berliner Stadtverordneten-Sitzung

Berlin, 15. Januar.

Im Verlauf der gestrigen Stadtverordnetensitzung kam es zu einer ausgedehnten Diskussion über ein dunkles Kapitel der Stadt Berlin: die Vorlage über die städtischen Gesellschaften und Gesellschaftsbeteiligungen.

Der Stadtverordnete Wisniewski (KPD) greift den Bürgermeister Dr. Elsas und den Stadtkämmerer Dr. Asch heftig wegen ihrer Stellung in der Behala-Angelegenheit an. Der Stadtrat Schünning, jener Prominente der SPD, der die kostbaren Berliner Hafenanlagen an das Finanz- und Bankkapital gegen die Provision eines Generaldirektorspostens verschachert hat, findet anscheinend das volle Verständnis des Bürgermeisters Dr. Elsas. Dr. Elsas, der „Mann mit dem eisernen Besen“, der die Berliner Verwaltung reinigen will, hat dieses Amt so aufgefaßt, daß er im Ausschuß Behauptungen aufgestellt hat, die nicht zutreffen. Besonders absurd die Behauptung von der Defizitwirtschaft der Behala. Tatsache ist, daß ein Wertobjekt von 70 Millionen Mark für 50 Jahre zu dem Spottpreis von 1,5 Millionen Inflationsmark im Jahre 1923 verschleudert wurde.

Der Vertrag reicht bis zum Jahre 1973, und der Goldwert, den die Stadt Berlin für diesen unsinnigen Vertrag erhält, der nur eine Beteiligung von 25 Prozent der Stadt vorsieht, beträgt nach Angaben des Stadtkämmerers ganze lumpige 368 000 Mark, also eine Jahrespacht von 7300 Mark für ein Unternehmen im Werte von 70 Millionen Mark (große Bewegung).

Die Gewinne der Behala werden aber zu allem Ueberfluß durch zahlreiche Tochtergesellschaften verschleiert.

So ist es gekommen, daß die Stadt Berlin im Jahre 1930, trotz hoher Profite der Behala, ganze 30 000 Mark Dividende erhalten hat.

Aber noch toller sei es, daß ein anderer Sozialdemokrat, der BVG-Direktor Brolat, seinerseits in seiner Eigenschaft als Direktor der Brennstoffgesellschaft mit der Behala und ihrem Pächter, dem Schenker-Konzern,

Pachtverträge abgeschlossen habe, die dem Schenker-Konzern die nette Summe von 17 200 M. jährlich einbringen.

Das wären auf 50 Jahre umgerechnet 794 000 Mark, also mehr als das Doppelte dessen, was die Stadt Berlin für das Gesamtobjekt vom Schenker-Konzern erhalten hat.

Das Ganze ist ein beispielloser Skandal! Lohn- und Gehaltsabbau für die städtischen Arbeiter und Angestellten, aber Verschleuderung aller Wertobjekte an das Finanzkapital. Sehr bemerkenswert ist auch eine Ankündigung Wisniewskis,

daß der Stadtkämmerer Dr. Asch demnächst die Gaswerke auf ähnliche Art verschachern wolle.

Bezeichnenderweise schweigen dazu sowohl Asch als auch die SPD. Wisniewski bringt dann einen Antrag ein, der fordert, daß die Stadt Berlin von dem Vertrag zurücktritt und für die bisher schon entstandenen Schäden die Beschlagnahme des Vermögens Schünings zu erwirken hat.

Bürgermeister Dr. Elsas konnte auf die schweren Anklagen Wisniewskis nur erwidern, daß nicht ihn, sondern die damalige Stadtverwaltung die Schuld treffe, im übrigen mußte er die Aufsehen erregenden Zahlenangaben Wisniewskis als richtig anerkennen. Die Stadt erstrebe „auf dem Ver-

handlungswege“ eine Revision des Vertrages. Aber da der Vertrag rechtskräftig abgeschlossen sei, müssen erst die „sachlichen und juristischen Voraussetzungen“ geschaffen werden. Ueber die Vorschläge des Magistrats wird demnächst eine Denkschrift der Stadtverordnetenversammlung zugehen.

Aus der übrigen Debatte interessiert die Arbeiter hauptsächlich die Wohnungsfürsorgegesellschaft.

Der Stadtverordnete Schwenk (KPD) stellt den Antrag, die Wohnungsfürsorgegesellschaft in die städtische Verwaltung zu übernehmen. Trotz aller Versuche hätten die Stadtverordneten keine Kontrolle ausüben können, da man diese zu sehen habe. Die Wohnungsfürsorgegesellschaft fährt ihren Namen zu Unrecht, da sie keine Politik im Interesse der werktätigen Bevölkerung treibe, sondern die Festsetzung des Mietspreises nach den

Anträgen der gemeinnützigen Baugesellschaften und der privaten Bauunternehmer vornehme.

Die Mietspreissenkung ist in vielen Fällen ein reiner Hohn auf die wirklichen Lebensbedingungen der werktätigen Bevölkerung. Durch die Annahme des Antrages würde aber zumindest eine Kontrolle ermöglicht. Nach ausgiebiger weiterer Debatte wurde die Weiterberatung vertagt. W. E.

Durch giftige Gase getötet

Neues Bergwerksunglück im ober-schlesischen Revier

Hindenburg, 15. Januar.

Auf dem Hermannschacht der Königin-Luise-Grube, Ostfeld, ereignete sich heute durch giftige Gase ein schweres Unglück. Zwei Bergleute wurden getötet. Sieben erkrankten so schwer, daß sie in das Hindenburg-Knappschaftslazarett eingeliefert werden mußten.

*

Hindenburg, 15. Januar.

Die Verwaltung der Grube „Königin Luise“ Ostfeld teilt zu dem bereits gemeldeten Bergwerksunglück mit: Gegen Ende der Nachmittagschicht vom 1. Januar, um 19,00 Uhr abends, bemerkte man in der 200-Meter-Sohle Schuckmann-Flöz am Hermannschacht

Brandgase und entdeckte, daß ein Holzstamm in Flammen stand. Bei dem Versuch, diesen Brand zu löschen, wurden neun Mann durch die Gase betäubt und bezinnungslos. Sieben von ihnen konnten so rechtzeitig herausgebracht werden, daß sie ins Knappschaftslazarett übergeführt werden konnten, wo sie sich augenscheinlich außer Lebensgefahr befinden. Die anderen zwei Mann konnten leider erst nach zwei Stunden aus dem Brandfeld gebracht werden. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg.

Auf dem Westfeld der Königin-Luise-Grube wurde gestern ein Magazinarbeiter aus Sosnizza von Eisenbahnwaggons erfaßt und so schwer verletzt, daß er auf dem Transport nach dem Knappschaftslazarett verschied.

längst verstorben waren, und der Rest enthielt die vollständige Wirtshaft der Herren Mörder, die ohne Wäscheleine, Bratpfanne und Haussegen die Flucht nicht gut antreten konnten.

Die Herren Mörder haben sich inzwischen anders und besser etabliert. Vielleicht hat das Schicksal es gefügt, daß einer von ihnen die Offiziersdeputation begleiten konnte, die kürzlich den Reichspräsidenten von Hindenburg aufsuchte ...

Arcanum.

Steigende Influenzaepidemie in England

London, 15. Januar.

In der letzten Woche haben sich in London und den großen Städten Englands 412 Todesfälle infolge von Influenza ereignet. In der Vorwoche betrug die Zahl der Todesfälle 240, in der Weihnachtswoche 140.

Flecktyphus bei Wilna

Warschau, 15. Januar.

Im Wilnaer Land ist neuerdings eine Flecktyphus-Epidemie ausgebrochen. In den Kreisen Molodetschno und Disna sind zahlreiche Erkrankungen festgestellt worden.

Eine neue Niltalsperre

Kairo, 15. Januar.

Das Kabinett genehmigte den Entwurf einer Niltalsperre bei dem Berg Auli südlich von Khartum. Das Werk wird ungefähr 4 500 000 Pfund Sterling kosten.

Brasilianisches Gaswerk mit Kaffee geheizt

New York, 15. Januar.

Wie aus Santos in Brasilien gemeldet wird, hat die Stadtverwaltung beschlossen, eine Million Sack Kaffee als Brennmaterial in den städtischen Gaswerken zu verheizen. In den letzten Wochen wurde Kaffee auch zur Heizung von Lokomotiven verwandt.

Orkansäden in USA

New York, 15. Januar

Ein Orkan wütete in den benachbarten Staaten Mississippi und Tennessee, die außerdem von Hochwasser heimgesucht wurden. 5000 Personen haben sich auf Dächern und Bäume geflüchtet und waren angstvoll auf Hilfe. In der Gegend von Trenton wurden sechs Personen getötet und viele verletzt.

Belgiens Bevölkerung. Die Volkszählung 1931 ergab 8 091 000 Einwohner, was verfassungsmäßig eine Erhöhung der Kammerabgeordneten von 187 auf 202 erfordert.

Auf dem Rost:

Die Erzberger-Mörder

Aus Budapest, der Hauptstadt des Königreichs Horthy-Ungarn, kommt uns die Nachricht, daß dieser Tage eine bekannte Speditionsfirma 24 Kisten versteigern ließ, die im Jahre 1924 bei einem ihrer Lagerhäuser deponiert worden waren. Die Kisten gehörten den Herren Heinrich Schulz und Heinrich Tillesen, die öffentlich bekanntgeworden sind dadurch, daß sie im August des Jahres 1921 je ein Revolver-Magazin in den Körper des Reichsfinanzministers a. D. Matthias Erzberger entleert haben, um nach vollbrachter Tat ihren Aufenthalt in das gastliche Land der erwachenden Magyaren zu verlegen. Dort wurden sie von den Behörden, wie bekannt ist, außerordentlich pfleglich behandelt und wenn gelegentlich preußische Kriminalkommissare in das gastliche Land kamen, um die Herren Mörder zu suchen, dann wurden sie aus dem volkreichen Budapest, wo sie in den Nachtcafés und Tingeltangeln sehr schnell Freundschaften fürs Leben gewonnen hatten, auf die Güter der großen Magnaten verschoben, wo sie vor den Nachforschungen ihrer Feinde sicher waren.

Einer von ihnen, unbekannt ob Schulz, ob Tillesen, heiratete im Jahre 1924 die Schwester des Abgeordneten Gömbös, der hernach Kriegsminister und General wurde, und diese Verbindung bürgerte die Herren Mörder im Königreich Ungarn geradezu ein. Fortan wurde jeder von ihnen vom magyarischen Adel geradezu als einer der ihren betrachtet.

Die 24 Kisten aber, die jetzt versteigert wurden (vierhundert Pengö = 293,69 Mark betrug der Erlös) stellen ein Depot dar, das sich die Herren Mörder offenbar für den Fall angelegt hatten, daß es ihnen eines Tages schlecht gehen sollte. Nun, der Fall ist nicht eingetreten. Sie lebten „wie Gott in Frankreich“, und das Depot durfte ruhig verschimmeln.

Jetzt hat man bei der Versteigerung erfahren, welche Unterhaltsmittel den Herren Mördern sozusagen als letzte Reserve zur Verfügung waren. Eine der 24 Kisten, war bis zum Rande gefüllt mit deutschem Inflationsgeld, mit Millionen- und Milliardennoten im Gesamtgewicht von fast 100 Kilogramm. Das „Geld“ stammt offenbar aus den Beständen der Organisation Consul, die den Mord anordnete, organisierte und finanzierte, die auch die Flucht finanzieren konnte. Vielleicht geschah das mit Hilfe von Mitteln, die die Reichsregierung dem Kassierer der O. C., dem früheren Kapitän-Untersturmführer von Killinger ins Gerichtsgefängnis Offenburg (wo er unter dem Verdacht der Anstiftung zum Mord an Erzberger in Haft saß) überweisen ließ, und über die er am 17. August 1921 im Gesamtbetrag von 300 000 Mark (gleich 22 500 Goldmark) für „Verpflegungs- und Marschgelder des für Oberschlesien geplanten (aber nicht mehr aufgestellten) Regiments Süd“ Quittung gab.

Die anderen Kisten enthielten Tabakwaren, Butter, Eingemachtes und Dauerwürste, die



BERLIN RAUCHT
JUNO
6 STÜCK 20³



Feuilleton der SAZ

Interview mit einem Unprominenten

Von M. Hübner

Das Hemd sieht bedenklich schwarz aus und für den Haufen Lumpen, der mit einiger Phantasie als Mantel, Rock und Hose zu erkennen ist, legt ein Trödler noch keine deutsche Reichsmark an. Das ist Heini Tomanns Reichum. Wie? So was gibt's nicht in Deutschland, jeder Arbeiter ist imstande und so... Nein, dieser Unprominente lebt nicht in China und ist kein Kuli, sondern wohnt in Berlin und ist deutscher Arbeiter. Seit langem natürlich arbeitslos.

„Tja, was soll man machen? Ich bin Tischler. Mit Arbeit ist's Essig und so bin ich seit zwei Jahren erwerbslos.“ Heini, ein junger Mensch von dreißig Jahren, sagt es mit jener Apathie, die von der Not geboren wird. Eine Weile stiert er nachdenklich vor sich hin. Er nickt manchmal mit dem Kopf, wenn sich ein Bekannter in dem Menschentrübel, der den Saal der „Herberge zur Heimat“ erfüllt, näher an uns vorbeidrückt.

Den Zigarettenrauch von sich blasend, fährt er fort: „Wissen Sie, man kommt auf einen Punkt, wo man sozusagen aufhört Mensch zu sein. Es beginnt, wenn die Hosen fransen und die Löcher im Anzug sich nicht mehr stopfen lassen und vor allem, wenn der Hunger den letzten Rest Selbstbewußtsein aufgefressen hat. Bei mir wenigstens war es so. Sie dürfen mir glauben, auch ich habe mal eine Zahnbürste und gewichste Stiefel und einen Sonntagsanzug gekannt. Aber heute, seine Hand schlägt durch die Luft, als wollte sie lästige Fliegen verscheuchen, ist mir alles Wurscht. Es lohnt nicht, sich aufzuregen, denn es hat ja doch keinen Zweck.“

Ein alter Greis hat sich an unserm Tisch niedergelassen und zerrt aus allen möglichen Taschen in Zeitung gewickelte Stullen und Brote und türmt sie vor sich auf. Sorgsam beginnt er zu sortieren, links die mit Butter und Belag, rechts die trockenen und Margarinehalten. Die Börse ist damit eröffnet! Im Nu umdrängt alles den Alten und sucht die Preise zu drücken. Schlechte Witze und anzügliche Redensarten sollen dies bewerkstelligen. Aber der Bankhalter läßt sich nicht stören. Viel Kupfer und wenig andere Münze sammelt sich vor ihm an. Für einen Groschen werden ein bis zwei Belagstullen gehandelt; sie sind schnell weg. Der Rest geht für einen Sechser in größeren Portionen ab.

„Ein alter Speckjäger“, meint Heini, „aber er schlägt sich ganz schön durch, denn er hat das Klopfen weg. Ich schätze ihn auf runde zwei Mark täglich. So viel bringt unsereins nicht zuwege!“

„Sie gehen auch — von Tür zu Tür?“, frage ich.

„Ja, es bleibt mir nichts anderes übrig, denn Unterstützung bekomme ich keine. Ich müßte fest gemeldet sein. Aber ein Zimmer

mieten? Woher soll ich das Geld bekommen? Ergo putzt man Türklinken. Es trägt lange nicht so viel, wie die Leute immer sagen. Die Konkurrenz ist zu groß. Wenn ich eine Mark hole, bin ich schon zufrieden. Davon lebe ich. Fünfzig Pfennige für das Schlafen und den Rest für's Essen.“

Menschen geben, Menschen kommen. Die „Augustbude“ ist gedrückt voll. Und alles handelt. Socken, Schlipse, Jacken, Hosen, Schuhe, Hemden; ganz, fast neu und zerrissen, alles ist zu bekommen. Es sind Notverkäufe, und es sind Verkäufe erbettelter und gestohlener Sachen. Nirgends in der Welt wird Geld so hoch eingeschätzt wie in den Herbergen. Eine gute Hose, ein sauberer Rock, eine Stahluhr, sie haben keinen Wert als persönlicher Besitz, sie werden nur eingeschätzt nach dem Handelswert. Ein Taler ist Reichum, denn man kann sich damit satt essen und man kann schlafen. Und man kann — viele tun es — trinken. Es ist „ihre“ Philosophie, denn Alkohol macht vergessen. Anders wäre das Leben des fünften Standes nicht zu ertragen... .

Die Luft, und die Not all dieser Menschen macht elend. Ich muß an die frische Luft. „Hoffentlich“, sage ich zu Heini Tomann, „gelingt es Ihnen trotz allem bald Arbeit zu bekommen. Man hat manchmal so ein Glück.“ Und während ich so spreche, kommt mir die ganze Hohlheit dieser gebräuchlichen Phrase zum Bewußtsein. Verlegen drücke ich ihm einige Mark und ein paar Zigaretten in die Hand.

Heini sagt knapp „Danke“ und schüttelt den Kopf: „Arbeit, nein, das glaube ich nicht. Wenn es schöner wird, geh' ich tippeln. Und irgendwo auf einer Landstraße wird man auch verrecken können. Es ist im Grunde ja so egal.“

Gerne möchte ich sagen: „Bruder, verzweifle nicht, sondern kämpfe! Der sozialistische Arbeiterstaat wird und muß kommen, und er wird uns Arbeit und Brot geben und uns gleiche und freie Menschen sein lassen!“ Aber ich gehe schweigend und denke: Nun wird er saufen, um zu vergessen. So elend ist das Leben!

Kalte Nachtluft strömt auf mich ein und am dunklen Firmament blinken ferne Welten. In der nahen Friedrichstadt flimmern und gleißeln Lichtreklamen und Cafés und Restaurants laden zum Besuche. Autos mit Herren und Damen in Pelzen und großer Draß flitzen eilig vorüber. Es sind Menschen wie die Tomanns. Der Unterschied ist nur: Sie haben den größeren Teil an den Gütern der Erde, sie gehört ihnen.

Und unablässig summt in mir das alte Kampflied: „Erwacht, Verdammte dieser Erde — — —“

ROTE ANTENNE

Russischer Schulfunk

Im „Anbruch“ (Universal-Edition, Wien) schreibt Michael Druskin: „Ungefähr 30 Proz. aller Rundfunksendungen aus Rußland sind den Fragen der allgemeinen Bildung — im weitesten Sinne des Wortes — gewidmet. Dieser „Schulfunk“, der landwirtschaftliche und Industriekurse, ferner Kurse für Sprechen und Allgemeinbildung, pädagogische Kurse usw. umfaßt, ist jetzt in den Hauptstädten zu der „Arbeiter- und Bauern-Radio-Universität“ vereinigt. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, denjenigen Arbeitern, die durch ganztägige Arbeit verhindert sind, die Hochschulen zu besuchen, systematische Ausbildung in den verschiedenen Fächern zu bieten. Die gleichen Vorlesungen werden mehrfach zu verschiedenen Tageszeiten gehalten, um so allen Schichten die Möglichkeit der Teilnahme zu geben. Die Mehrzahl der lernenden Bevölkerung hört diesem Unterricht in großen, eigens zu diesem Zwecke errichteten Auditorien zu, in denen an Stelle des Vortragenden Lehrers ein Lautsprecher aufgestellt ist. Um die persönliche Fühlung zwischen den lernenden Massen und dem Rundfunk dauernd aufrechtzuerhalten, werden die Funklehrer von Zeit zu Zeit zu den einzelnen Gruppen entsandt.“

Kleines Feuilleton

Das neue Brecht-Drama.

„Die Mutter“ (nach Gorkis gleichnamigem Roman) von Brecht, Musik von Hanns Eisler, Bühnenbild: Caspar Neber, gelangt als eine gemeinsame Veranstaltung der Aufricht-Produktion und der „Gruppe Junger Schauspieler“ am Sonnabend, dem 16. 1., abends 8 $\frac{1}{4}$ Uhr, im Komödienhaus zur Uraufführung.

Helene Weigel, Reinhold Bernat, Gerhard Bienert, Ernst Busch, Adolf Fischer, Albert Hörrmann, Theo Lingens, Jakob Sinn, Kurt Werther spielen die Hauptrollen.

Rastellis Memoiren

Enrico Rastelli, der große Jongleur, hat auf seinen vielen Reisen Zeit gefunden, seinen Aufstieg in ganz detaillierten Ausführungen zu beschreiben. Artur Oser, sein langjähriger deutscher Freund und Bevollmächtigter, ist von Rastellis Witwe beauftragt worden, diese Erinnerungen in deutscher Sprache herauszugeben. Sie werden im Frühjahr erscheinen.

Jugend gegen einen Hetzfilm

Im Orient-Kino in Zürich kam es vor einigen Tagen zu Kundgebungen der sozialistischen Jugend gegen den deutschen „Yorck“-Film. Zwischen den Kundgebern und den Besuchern, die sich die Unruhe verbat, kam es zu einem Handgemenge, so daß die Polizei einschreiten mußte.

Das verhaftete Bühnensembel

In Los Angeles verhaftete die Sittenpolizei ein ganzes Bühnensembel in Stärke von über 50 Schauspielern von der Bühne weg. Es wurde gerade eine moderne Fassung der „Lysistrata“ gegeben. Die Polizei sah hierin einen schweren Verstoß gegen die Sittlichkeit und schritt zu ihrer, das Publikum in beträchtliche Aufregung versetzenden Aktion.

Chaplins Kinder

Chaplins Söhne, der fünfjährige Spencer und der ein Jahr ältere Sidney, plauderten mit einem Pariser Journalisten. „Mein Papa“, sagt Sidney, „ist gar nicht so komisch. Ich sehe viel lieber andere Filmschauspieler. Ich möchte nicht filmen, sondern lieber auf die Löwenjagd gehen.“ Spencer dagegen beurteilt die Löwenjagd skeptisch. „Sie bringt nichts ein“, meinte er, „ich möchte lieber Präsident der USA sein.“

Der 200. Geburtstag des Regenschirms.

Der Regenschirm feierte kürzlich das Jubiläum seines 200jährigen Bestehens. Vor zwei Jahrhunderten nämlich erfand der Engländer James Harvey den ersten Regenschirm, der zum Auf- und Zuklappen eingerichtet war. Bis zu dieser Zeit kannte man in Deutschland nicht das schützende Dach, das sich durch einen einfachen Handgriff hervorzaubern läßt, um den Menschen vor Sturm und Regen zu bewahren. Der Regenschirm hat sich in der ganzen langen Zeit gar nicht besonders verändert. Schon Harvey verwendete statt des bei den Chinesen üblichen Papiergewebes Stoff, den er mit schmalen Holzspeichen spannte. Diese ließen sich mit einem Griff zusammenklappen. Der Regenschirm bürgerte sich erst langsam ein. Seitdem sind zahllose Versuche unternommen worden, den Regenschirm moderner zu gestalten. So stellte man zum Beispiel leuchtende und schießende Regenschirme her, die sich aber durchaus nicht populär machen konnten. So blieb denn bis zum heutigen Tage der Regenschirm seiner eigentlichen Form im wesentlichen treu.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

22. Fortsetzung

Die Köche dagegen lassen sich nicht so leicht aus der Ruhe bringen. Man darf ihnen das Tempo nicht vorschreiben, ohne befürchten zu müssen, der Qualität des Essens zu schaden. Zu ihrem Beruf gehört, wie zu allen edlen Künsten, eine gewisse Beschaulichkeit.

Unweit der Konditorei konnte Fritz einen Blick in den Raum der Griddle-Spezialitäten tun.

Hier backen Neger auf Eisenplatten Biskuits und die verschiedensten Arten von Gebäck. Dieser Raum erinnert aber nicht an eine ernsthafte Backstube, sondern mehr an eine Varietébühne, denn die Neger haben den Ehrgeiz, jeden Pfannkuchen erst einmal kunstvoll in der Luft herumwirbeln zu lassen, bevor sie mit der prosaischen Beschäftigung des Backens beginnen.

„Hör' mal, Grünhorn, mach' ein bißchen schneller“, rief der ungeduldige Papadokulos Fritz zu.

Fritz wußte schon, dank August, einiges über den griechischen Koch.

Auch sein Schicksal ist merkwürdig. Sein einstiger Herr, ein griechischer Minister, der den letzten Krieg zwischen Griechenland und der Türkei mitverschuldet hatte, wurde von dem Volksgericht zum Tode verurteilt und öffentlich aufgeköpft. Papadokulos, unser griechischer Koch, ist nun überzeugt, daß seinen einstigen Herrn dieses Schicksal nur ereilt hatte, weil er ihn, eben Papadokulos, mit seinen zahlreichen Launen quälte. Deshalb hatte der Koch ihm diesen unangenehmen Tod gewünscht und der Himmel nahm natürlich auf Papadokulos' Wünsche besondere Rücksicht. Jedenfalls ist er auch jetzt davon überzeugt, daß es nur in seinem Willen liege, wann sein jeweiliger Brotherr vom Volkssturm gerichtet würde. Wenn man ihm Glauben schenken kann, wird es bald mit dem Stellvertreter des Küchenchefs zu Ende gehen, der es verhindert hat, daß Papadokulos einen Hummer essen konnte.

Jetzt jamuerte er, denn er hatte übermäßig viel zu tun.

„Heute ist alles rein um verrückt zu werden. Die Hochzeitsgesellschaft gibt mir Arbeit, daß ich nicht weiß, wo mein Kopf steht. Es sieht fast so aus, als wollten sie sich an Hummern satt fressen. Komm, mach' schnell, verbinde die Hummern.“

Fritz stand vor einer Unmasse von zappelndem Getier und wußte nicht, was man eigentlich von ihm wollte.

Papadokulos war in wenig gnädiger Laune.

„Hölle und Teufel, stell' dich nicht so dumm an! Wenn man soviel zu tun hat, könnte man geschicktere Hilfe brauchen als dich Grünhorn. Du machst ja Augen, als ob du heute zum erstenmal einen Hummer siehst.“

„Vielleicht erklärst du mal, was ich machen soll. Was soll ich denn verbinden?“

Na ja, die Füße! — verstehst du nicht mal das? Hier hast du einen Bindfaden. Binde die Füße recht vorsichtig zusammen. Die Hummern würden ja wie toll herumzappeln, wenn sie in das siedende Wasser geworfen werden, oder wenn man sie unter das Feuer legt. Das würde ja nett aussehen, wenn man sie so mit verrenkten Gliedern servieren wollte, so daß man den Tierchen den Todeskampf anmerken kann.“

„Du wirst sie lebend ins siedende Wasser?“

„Freilich.“

„Du rötest sie lebend?“

„Du bist ja ein feiner Koch, wenn du nicht einmal das weißt. Aber jetzt beeile dich gefälligst.“

Fritz beginnt mit zitternden Händen die Hummern zu verschnüren, er zeigt bei dieser Arbeit nicht besonders viel Geschick.

Papadokulos muß über ihn lachen.

„Du bist ein schwaches Bürschlein. Ich habe meinen einstigen Herrn hängen gesehen und habe nicht so gebibbert wie du jetzt wegen der paar Hummern.“

„Wenn ich alle meine einstigen Herren

hängen sehen würde, wäre es mir nur ein Vergnügen“, sagte Fritz mit zusammengebissenen Lippen, aber bei sich dachte er: ihr macht euch ja alle nur groß, glaubt, es genügt schon, wenn ihr was Schlechtes wünscht, alles andere kommt von alleine.

All das dachte er, wie gesagt, nur für sich. Er hatte wahrhaftig genug Last mit den Hummern, die sich verzweifelt wehrten und nach seinen Fingern schnappten.

Der griechische Koch war zu nervös, er verlangte erfahrenere Hilfe oder keine, und so kam Fritz in die Konditorei, wo man gerade einen Mann zum Mandelschalen brauchte.

Ein Riesentopf voll gebrühter Mandeln wurde ihm hingeschoben.

„Die schäle, aber mach' deine Sache ein bißchen fix.“

Fritz begann schon in allen Gliedern den heutigen Tag zu spüren, Herrgott, war das eine Hetze.

„Dös' nicht vor dich hin!“ schrie ihn wieder der eine Chefkonditor an, „wir brauchen schnelle Arbeit.“

Fritz beeilte sich mit dem Schälern, er mußte aber auch darauf achten, daß ihm die Mandeln nicht wegsprangen. Einmal flog eine gegen die Nase eines seiner Chefs, der ihn seitdem öfters mißtrauisch betrachtete.

Dieses Mal hatte er zwei Chefs: einen Italiener und einen Oesterreicher. Die beiden erteilte mit lauter Stimme nach allen Ecken Befehle. Da standen Frauen, die mit Holzstäbchen auf Marmorplatten Butterteig auswalkten, Negerjungen bedienten Maschinen, die Teig und Sahne rührten. Ein japanisches Mädchen, das so zart schien, als wäre es aus durchsichtigem Elfenbein, zerschnitt Spezereien, ohne auch nur für einen Augenblick aufzusehen.

Und nun steht Shirley vor Fritz und hilft ihm in einen Kittel.

„Setz' ihm auch die Mütze auf. Das Grünhorn sieht aus wie ein perfekter Koch.“

„Hör' auf mit deinem Grünhorn“, sagt Shirley, „du tust ja so, als ob du nie eins gewesen wärest.“

„Ei, Mädchen, er scheint dir ja mächtig zu gefallen, der neue Küchenjunge, daß du ihn so in Schutz nimmst.“

Darüber aber muß sich Shirley ärgern.

„Auf einen solchen wie den habe ich gerade gewartet.“

Shirley mißt Fritz mit einem gering-schätzigen Blick.

Die Kochmütze sitzt ihm noch etwas fremd auf seinem Kopf und auch der Kittel umhüllt

ihn steif. Er sieht in der hellen Arbeitskleidung schmächtig und noch bleicher aus, ausgehungert und erschöpft. Er weiß, er kann vor den Mädchen keinen großen Staat machen. Diesmal bedauert er das besonders.

Das trotzig Mädchen, das an seiner Mütze herumrückt und ihn dann prüfend betrachtet, ist entschieden hübsch. In der rosa Uniform mit dem weißen Kragen, mit den Locken, die weich auf die Schultern fallen, den dunklen Augen und dem rosig angehauchten Gesicht sieht die Kleine aus, als wollte sie Theater spielen und hätte nicht schwer zu arbeiten. Doch Fritz weiß bereits, daß man hier von den Mädchen erwartet, daß sie ihre Müdigkeit überschminken; erst wenn man näher hinblickt, erkennt man, daß auch sie kein leichteres Leben führen als die Männer.

„Schöner kannst du ihn nicht mehr machen“, sagt der italienische Konditor zu Shirley, und in viel weniger freundlichem Ton schreit er Fritz an.

„Geh' zurück zu deinen Mandeln, glaubst du, die schälern sich von selbst!“

Fritz ist unzufrieden. Ist das eine Beschäftigung für einen Mann? Hat er zu diesem Zweck Facharbeit gelernt? Er war da in eine dreckige Welt hineingeraten.

Seine Laune wird nicht besser, als er nun das Gespräch zwischen dem Konditor und dem Mädchen aus der Wäscherei hörte.

Der Italiener kniff nämlich die Augen zusammen und machte ein recht verschmitztes Gesicht.

„Na, Puppe, ich weiß schon, du machst dir nichts aus einem Grünhorn, wo du jetzt einen ganz feinen Kavalier hast.“

„Deine Frau sollte lieber den Mund halten, ich rede auch nicht darüber, was andere Leute tun.“ Shirley ist recht schnippisch, sie ahnt schon, woher der Wind weht. Die Frau des Italieners ist Garderobiere in einem Nachtclub am Broadway; und gerade dahin mußte sie gestern nacht mit ihrem Freund geraten. Sie merkte gleich, was die für dumme Augen machte und mit welch übertriebener Höflichkeit sie ihr aus dem Mantel half. Na ja, wenn schon. Sie hätte das Recht, zu tun und zu lassen, was sie wollte. Die anderen waren auf sie neidisch. Sie sollten nur reden soviel sie wollten; das tut nun auch der Italiener.

„Du willst wohl eine feine Dame werden, etwas ganz Besonderes?“

„Kümmere dich gefälligst um deine Kuchen.“

(Fortsetzung folgt.)

„Die letzte Fahrt des U-Bootes 116“

Erstaufführung eines nationalistischen Schmarrens im Elberfelder Stadttheater

Auch die Stadttheater in Wuppertal-Barmen und Elberfeld, die auf eine langjährige, ehrenvolle Tradition zurückblicken können, sollen dem Sparbazillus zum Opfer fallen. Der Spielplan des Schauspielers wenigstens steht weit unter dem Niveau, das man auch von einer Provinzbühne, die ernstlichen, künstlerischen Interessen dienen will, verlangen muß. Wäre nicht ein gutes Personal vorhanden, das manch altbekanntem Werk zu glänzenden Aufführungen verhilft, die Sache sähe noch viel trostloser aus.

Von unserem Herrn Intendanten darf man wohl sagen:

„Kein Hauch der aufgeregten Zeit
Drang noch in seine Einsamkeit.“

Beschaulich plätschert er mit seinem Kahn im Fahrwasser der „guten, alten Zeit“, und rafft er sich doch mal zu einer Erst- oder Uraufführung auf, dann gibt es stes einen Reifall, der die künstlerische und politische Ahnungslosigkeit des verantwortlichen Theaterleiters bewundern läßt.

Schlimm war schon die Eröffnung der Saison mit einem amerikanischen Fridericusdrama von Walter Bloem „Der Held seines Landes“. Schlimmer, viel schlimmer ist die jetzige Erstaufführung des Lerbschen Schauspiels „Die letzte Fahrt des U-Bootes 116“. Es handelt sich um ein patriotisches Kriegsstück im Stile von 1914—1918, da man vereint Frankreich, England und die ganze Welt siegreich schlagen wollte. Die Helden, die Offiziere mit den lächerlichen, verstaubten Ehrbegriffen, stehen dem heranziehenden Neuen verständnislos und feindlich gegenüber. Sie gehen, als der Waffenstillstand ausgebrochen, mit ihrem U-Boot zugrunde, wobei sie noch einen englischen Kreuzer mit in die Tiefe reißen. Das ist die Heldentat, die als Signal hinüberleuchten soll in Deutschlands Zukunft.

Wir danken für diese Zukunft, die uns schnurstracks ins naziotische Dritte Reich führen würde. Wir sehen uns auch nicht nach einer Neuauflage der glorreichen Menschenschlächtere! Wir danken aber auch für solches Theater! Möge es zugrunde gehen! Die Arbeiterschaft wird Mittel und Wege finden, Neues und Besseres zu schaffen! M. L.

Wuppertal

Von der „eisernen“ Front! Sie hat nun auch hier ihre erste Redeschlacht geschlagen! Mit viel Stimmengewinn ist wenig gesagt worden. Tausende Menschen ließen geduldig die „freiheitlich-nationalen“ Wortströme über sich ergehen und klatschten auch Beifall in dem Glauben, daß nun endlich den vielen starken Tönen die Tat folgen werde. Die gutbesuchten Veranstaltungen zeigten deutlich, daß unter den sozialdemokratischen Arbeitern — es waren übrigens auch andere da — der Wille zum Widerstand gegen den Faschismus lebendig ist. Bei den stärksten Ausdrücken („Mit der Faust dreinschlagen!“) setzte der lebhafteste Beifall ein. Doch hat man in diesem Ton schon lange geredet. Wir begrüßen jedoch diese ersten Anfänge einer Aktivität, die, wenn sie ehrlich ist — und bei vielen Arbeitern ist daran nicht zu zweifeln — in die Aktionen des proletarischen Klassenkampfes einmünden muß. Jedenfalls wollen wir unseren Einfluß dazu ausnutzen, die Bewegung auf diese Bahn zu drängen. Das geht nicht, ohne nicht dabei eine unachtsichtige Kritik der verwachsenen „nationalen“ Phrasen durchzuführen. Wenn ein Redner ausführen kann, dem demokratischen Bürgertum müßte wieder Mut eingefloßt werden, so ist das ein völliges Aufgeben des Klassenkampfwillens. Das Ende dieser Phrasen muß das „einige Volk von Brüdern“ im Stile von 1914 sein. Das wollen wir nicht, und tausende Arbeiter, die mit uns in den freien Gewerkschaften und Arbeiterkulturorganisationen im Wuppertal stehen, auch nicht. — Am Abend des gleichen Tages fand in der Elberfelder Stadthalle eine Veranstaltung der Kommunistischen Jugend statt. Sie war mäßig besucht. Der Inhalt war in vielen Dingen gut. Man merkte den sich zum Vorteil auswirkenden Einfluß ehemaliger Jungsozialisten. Doch eines haben sie nicht erreicht — und das macht die Veranstaltung auch für uns bedeutungsvoll — sie fielen politisch nicht ins Gewicht. Die Verulkung der „eisernen“ Front stand auf einem katastrophal niedrigen Niveau. Es ist viel Blech bei dieser „eisernen“ Front, das sagen auch wir, aber tausende ehrliche Proletarier glauben an einen Erfolg dieser Aktion. Diese Arbeiter gewinnt man nicht mit bloßer Verulkung.

Ratingen

Auf dem Wege zur Einheitsfront. Auf Veranlassung der SAP hatten sich von 24 eingeladenen Korporationen 17 eingefunden, um der Bildung der proletarischen Einheitsfront die Wege zu ebnen. Reichsbanner und SPD wollen — wie es im SPD-Organ heißt — mit der „Mischmaschversammlung der Spalter“ nichts zu tun haben. Nach einheitlichen Ausführungen unseres Genossen Issel setzte eine sachliche Aussprache ein. Allgemein kam zum Ausdruck, daß der kapitalistisch-faschistische Einheitsfront die geschlossene Kampffront der klassenbewußten Arbeiterschaft entgegengesetzt werden muß. Der Aufruf der SAP wurde von allen Rednern, auch den kommunistischen, lebhaft begrüßt. Von den KPD-Genossen wurden lediglich hier und da Einwendungen gemacht. Am Schluß der Aussprache, nachdem die Versammlung sich über die nächsten einzuschlagenden Schritte bereits einig war, erklärte jedoch Genosse Fußbahn zur allgemeinen Überraschung — selbst wohl seiner eigenen Freunde —: „Die Einigung des Proletariats kann nur unter der Führung der KPD erfolgen!“ Die Empörung über diesen Versuch,

Gaukonferenz der Freidenker

Am Sonntag tagten in Dortmund im Reinoldshof 283 Vertreter des DFV aus Rheinland und Westfalen. Auf der Tagesordnung standen zwei Punkte: 1. Umorganisation der Bezirke, 2. Referat des Verbandsvorsitzenden Sievers über das Thema: „Unser Kampf!“ Trotz der Krise konnte der DFV noch einen beträchtlichen Mitgliederzuwachs feststellen. Genosse Jakobi kritisierte die brüderliche Haltung des Westdeutschen Rundfunks, der die Freidenker von der Mitwirkung bei Feierstunden usw. ausschließt, den Kirchen aber Feierstunden gewährt. In seinem Referat vertrat Genosse Sievers reformistische Ansichten, die allerdings dem Widerspruch stehen zu seiner Auffassung, daß Preußen rückständiger sei als alle anderen Länder. Interessant, daß Heilmann gesagt habe, die SPD-Landtagsfraktion habe sich bei Severing für das Verbot des Freidenkerflugblattes bedankt. Sievers bezeichnete diese Behauptung als unwahr.

Zu dem Artikel in der Freidenkerzeitung gegen die SAP sagt er, daß dieser Artikel ein Beschluß des Gesamtverbandes sei. Der Vorstand habe es für notwendig gehalten, gegen die SAP Stellung zu nehmen, weil diese glaube, auf dem Rücken des DFV Mitglieder zu fangen.

In der Diskussion sprach zuerst Genosse Völker, Hamborn, der die Ausführungen Sievers' in einer Resolution zusammenfaßte, die trotz ihrer klaren und präzisen Ausführ-

ung nicht angenommen wurde. Gegen die Entschließung des Genossen Völker wandte sich Genosse Brüntink, Gelsenkirchen, deswegen, weil Völker ein SAP-Genosse ist, d. h. weil er befürchtet, daß die SAP bei Annahme des Antrages Reklame für sich machen würde. Im übrigen glaubt er nicht, daß das Proletariat in seiner Einheit den Faschismus niederringen könne. Man müsse das Bürgertum tolerieren, um ein Absacken in den Faschismus zu verhindern.

Genosse Löwenstein, Wuppertal, sagte, daß die SPD immer freundliche Worte für die Freidenker gefunden habe, aber keine Taten. Sievers ziele einen Trennungsstrich zwischen den sozialdemokratischen Ministern und den Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsfraktion. Hierbei sei zu berücksichtigen, daß die Fraktionsmitglieder zumindest die Taten ihrer Ministergenossen dulden, und er sei schon der Meinung, daß es nur ein Vorwärts gehe, wenn sich alle Proletarier zu gemeinsamem Kampfe zusammenfänden.

Im Schlußwort sagte Genosse Sievers, daß die SAP innerhalb des DFV nicht versuchen dürfe, Brücken zu schlagen zwischen SPD und KPD. Wenn Sievers sagt, daß Welten SPD und KPD trennen, so trifft das wohl auf die Führer der beiden Parteien zu, aber nicht auf die Anhänger, da sie alle vom Kapitalismus ausgebeutet werden, alle für den Sturz des Kapitalismus und die Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung kämpfen.

die sich anbahnende Verständigung zu sabotieren, war groß. Lediglich zwei von den zahlreichen kommunistischen Genossen sprangen für Fußbahn in die Bresche. Die syndikalistischen Genossen Schäfer und Nuta bedauerten den von Fußbahn vollzogenen Frontwechsel und erklärten, sich an den weiteren Arbeiten im Sinne des Aufrufs beteiligen zu wollen, selbst wenn die KPD nicht mitmachen würde. Eine weitere Sitzung findet am 17. Januar, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus statt. Dann wird sich zeigen, ob die Einheitsparolen der KPD nur Schall und Rauch sind.

Sie spotten ihrer selbst. In der letzten SPD-Versammlung gab der Referent, Landrat Wingerder, eine ganz besondere Weisheit von sich. Er erklärte seinen gläubigen Zuhörern: „Wenn die Preise sich nicht in demselben Maße abwärts bewegen wie die Löhne, sei ohne weiteres eine Verschlechterung der Wirtschaftslage zu erwarten.“ Um diese Binsenwahrheit zu bekräftigen, hätte es wirklich keines leibhaftigen Landrates bedürft. Das hätte der SPD jeder ABC-Schütze ebenso gut sagen können.

Verbilligung von Gas, Wasser und Strom? Wie das Presseamt der Stadt mitteilt, wird der zuständige Ausschuss sich demnächst mit der Möglichkeit der Preissenkung für Gas, Wasser und Strom beschäftigen. Hoffentlich bleibt es nicht nur bei der Beratung. Während auf der einen Seite die Stadtverwaltung stolz darauf ist, die Realsteuersätze möglichst niedrig zu halten, wurden aus den städtischen Werken ungeheure Summen zur Ausgleichung des Etats herausgepreßt.

Ahlen

Unsere Aufgaben. Immer größer wird das Heer der Arbeitslosen. Wieder sollen am 1. Februar auf der Zeche Westfalen 49 Mann zur Entlassung kommen. Der Kumpel gibt

schon nichts mehr darum, ob er für einen Hungerlohn im Arbeitsverhältnis bleibt oder sich zu den „Ausgestoßenen“, zu den Erwerbslosen, rechnen muß. Abschlagzahlungen am 12. Januar 1932 auf Zeche Westfalen für zehn Schichten von 20, 15, ja 10 Mark waren keine Seltenheit. So ist es zu verstehen, daß die Erbitterung von Tag zu Tag wächst und die Hoffnung auf die Befreiung aus den Klauen des profitgierigen Kapitals bei vielen dahin ist. Da ist es die Aufgabe unserer Genossinnen und Genossen, anzusetzen, die Gleichgültigkeit zu beseitigen und die aktiven Kräfte dem Proletariat zu erhalten. Unsere Aufgabe ist es, noch aktiver zu werden. Sonntag, 16.30 Uhr, findet im Lokale W. Bergmann, Ulmenhof, unsere Jahresversammlung statt. Keine Genossin und kein Genosse darf fehlen.

Monatsstatistik. Die Einwohnerzahl betrug am 31. Dezember 25 447 gegen 25 404 am Anfang des Monats; mithin ist eine Zunahme von 43 zu verzeichnen. Das Standesamt beurkundete 34 Geburten, darunter fünf Totgeburten, 23 Sterbefälle und 13 Eheschließungen. Die Zahl der Wohlfahrtsverwahrlosungen betrug am Jahresschluß 850 mit 1298 Familienmitgliedern.

Lüdenscheid

Arbeiterkorrespondent der SPD sabotiert Einheitsfront. In Lüdenscheid hatten einige Genossen der SAP mit Genossen der Kommunistischen Partei, soweit diese entgegen den Richtlinien der KPD noch im DMV organisiert sind, dahingehend Fühlung genommen, bei den kommenden Vertreterwahlen im DMV gemeinsam vorzugehen. Ein Arbeiterkorrespondent hielt es nun für notwendig, das in einem Artikel der KPD-Zeitung zu veröffentlichen, und brachte dabei zum Ausdruck, daß die KPD sich stark genug fühle, um allein die Gewerkschaften revolutionieren zu können. Wenn die Lüdenscheider Arbeiterschaft auf diese Revo-

lutionierung warten will, dann kann sie ihre Hoffnungen von vornherein begraben. Es ist jedoch bezeichnend, wie hier wieder einmal eine Verständigung zwischen SAP- und KPD-Genossen von kommunistischer Seite im Keime erstickt worden ist. Auf diese Weise erreicht man die Einheitsfront nicht, mag man sonst auch noch so laut nach ihr schreien! Trotz der Sabotage der KPD-Presse werden wir unbeirrt an unserem Ziel arbeiten. SAZ — Lokales — Ausgabe C —

Gütersloh

Woher kommt das Geld? Vom Arbeitsamt Gütersloh sind anlässlich des Jahreswechsels 400 Abreißkalender an die Landwirte der Umgebung verteilt worden, unentgeltlich. Auf Anfrage eines Erwerbslosen konnte der Leiter des Amtes keine Auskunft über das Herkommen des Geldes erteilen. Mit Recht wandte sich der Arbeitslose an den Geschäftsführer des DMV. Dieser konnte den Wissensdrang ebenso wenig befriedigen wie der Leiter des Amtes. Außerdem meinte der Bevollmächtigte, daß diese Sache sich ja nunmehr erledigt habe, da die Kalender ja verteilt seien. Wir sind mit dem Erwerbslosen anderer Meinung. Wenn vom Arbeitsamt irgendwelche Reklame für seine Vermittlungstätigkeit gemacht wird, dann muß sie bezahlt werden. Da es sich hier um öffentliche Gelder handelt, die aus den Groschen der Proleten aufgebracht werden müssen, haben diese ein Recht zur Kontrolle aller öffentlichen Ausgaben. Wir fragen somit noch einmal: Woher ist das Geld? Wer hat die Kalenderbestellung in Auftrag gegeben?

Die evangelische Kirche im Dienste der NSDAP. Bei der Weihnachtsfeier der hiesigen Nationalsozialisten, die im Evangelischen Vereinshaus abgehalten wurde, hielt Pastor Niemann die Ansprache. Unserem Volke fehle eine wirkliche Weihnacht, führte er u. a. aus. Das geschichtliche Verdienst der NSDAP sei es, daß sie den Volksgedanken wachgerufen habe. Das Christentum könne in dieser Hinsicht von der Bewegung viel lernen. Wir erwarten von der Kirchenbehörde nicht, daß sie Herrn Niemann nun zum Märtyrer macht und ihn seiner Pastorenwürde entkleidet, wie man das mit dem Pfarrer Eckart getan hat, als er sich zur KPD bekannte. In diesem Falle wird man ja wohl daran denken, daß jeder Deutsche nach den Grundrechten der Verfassung seine Meinung frei und offen aussprechen darf. Die Gütersloher Arbeiterschaft aber wird mit der Sozialistischen Arbeiter-Partei dafür sorgen, daß der Herr Pastor aus seinen Weihnachtsträumen etwas jäh erwachen wird, und daß Herrn Hitlers Drittes Reich zu Ende ist, noch bevor es begonnen hat.

Dortmund

Selbstmord am laufenden Band. Ein Rekord, wenn auch ein sehr trauriger, wurde hier am Mittwoch aufgestellt: drei Selbstmorde innerhalb 24 Stunden. Vormittags fanden Holzammer in einem Waldstück in Großholtshausen den 62jährigen Invaliden Philipp M. erhängt auf; nachmittags wurde die Leiche der 23jährigen Hausangestellten Elisabeth Sch. aus dem Kanal geborgen, und Donnerstag früh starb der 56jährige Gewerbetätige Walter L., der sich aus seiner im 3. Stock gelegenen Wohnung in den Hof stürzte.

Organisationsnachrichten

SAP Ratingen: Samstag, 16. Januar, 20 Uhr, im Volkshaus Generalversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Stedeli, Chemnitz: „Die faschistische Gefahr.“ Neuwahl des Vorstandes.
Deutscher Freidenkerverband Düsseldorf: Samstag, 16. 1., im Lokal Betz, Karlsplatz, um 20 Uhr Jahresgeneralversammlung. Es ist Pflicht aller im DFV organisierten SAP-Genossen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Deutscher Freidenkerverband Wuppertal-Barmen: Sonntag, 17. Januar, 18 Uhr, im Gewerkschaftshaus öffentliche Versammlung. Genosse Erich Stedeli, Chemnitz, spricht über: „Die Kirche als Bollwerk der Reaktion.“

Schmiergelder-Prozeß Nientimp und Genossen vor der Strafkammer

Privatgeschäfte eines Volksvertreters — Ueber 150 000 M. Schmiergelder empfangen

B. Dortmund, 14. Januar.

Vor der Großen Strafkammer stieg heute die Berufungsverhandlung des bekannten Schmiergelder-Prozesses Nientimp und Genossen, dessen Vorgeschichte seinerzeit weit über Dortmunds Mauern hinaus berechtigtes Aufsehen erregte. In erster Instanz, vor dem Erweiterten Schöffengericht in Dortmund, wurde im Juli v. J. der Hauptangeklagte Hans Nientimp, ehemaliger Reichstagsabgeordneter des Zentrums, Syndikus des Bäckerinnungsverbandes „Germania“ und geschäftlicher Beirat der Großinkaufsgenossenschaft des Bäckerinnungsverbandes, der „Gewebe“, und Stadtverordnetenvorsteher in Bochum, wegen Vergehens gegen § 12 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb bzw. Bestechung zu einer Geldstrafe von 1000 M. verurteilt. Darüber hinaus erkannte das Gericht auf Einziehung der Schmiergelder in Höhe von 93 027 M. Die gleiche Strafe erhielt der Direktor und Geschäftsführer der „Gewebe“ Hundertmark, dem ebenfalls die Pflicht des Wertersatzes in Höhe von 47 500 M. auferlegt wurde. Direktor Horeysek von den Dortmunder Mühlenwerken und der Margarinefabrikant Lindemann aus Doberg bei Bünde wurden freigesprochen.

Gegen das Urteil legten Nientimp und Hundertmark Berufung ein, der sich die Staatsanwaltschaft anschloß, diese nur wegen des Strafmaßes, weil die Geldstrafen zu gering seien und daneben wenigstens auf eine Freiheitsstrafe zu erkennen sei. Hinsichtlich der übrigen Angeklagten hat der Verein gegen das Bestechungsunwesen, der als Nebenkläger zugelassen war, Berufung eingelegt.

In der Anklage wurde Nientimp und Hundertmark vorgeworfen, von den Dort-

munder Mühlenwerken durch den Mitangeklagten Horeysek einen Betrag von 140 610,99 Mark, von der Margarineindustrie durch den Mitangeklagten Lindemann 3718,13 Mark erhalten zu haben. Sie sollen dafür das Versprechen gegeben haben, daß die Bäckerinnungs-Großinkaufsgenossenschaft beim Einkauf die Fabrikate der Margarinefabrik und die Produkte der Dortmunder Mühlenwerke bevorzugen werden. Alle Angeklagten hatten das aber entschieden in Abrede gestellt. Bezeichnend für die Unverfrorenheit Nientimps ist, daß er, als die ersten Gerichte über dieses Schmiergelderunwesen an die Öffentlichkeit drangen, den „Verbreitern“ der über ihn umlaufenden Gerüchte mit dem Kadi drohte. Vor dem Schöffengericht wurde auch viel darüber debattiert, zu welchem Zwecke die Dortmunder Mühlen die ungeheuren Summen hergegeben haben. Horeysek behauptete, daß die Gelder für die Kasse der Zentrumsparlei bestimmt waren, weil N. immer darauf hingewiesen habe, daß er als junger Abgeordneter, wenn er sich behaupten wolle, Gelder für die Parteikasse beschaffen müsse. Im Gegensatz dazu erklärte Nientimp, daß die Vergütungen (über 140 000 M.) als Entschädigung für seine Dienste als Wirtschaftsberater der Dortmunder Mühlen gedacht waren. Es will dem Direktor Brandenburg einen sogenannten Reichstags-Schlachtenbummler ersetzt haben, wie ihn sich zahlreiche Wirtschaftsverbände ständig in Berlin halten.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er, da er doch von der Zentrumsparlei und nicht von einem wirtschaftlichen Interessenverband in das Parlament gewählt war, es seinem Gewissen

gegenüber habe verantworten können, daß er von Firmen für seine beratende Tätigkeit Vergütungen entgegennahm, erwiderte Nientimp wörtlich:

„Ich halte es durchaus für vereinbarungsfähig, daß ein Abgeordneter seine im Parlament erworbenen Kenntnisse zum Geldverdiensten verwertet.“

Von den Vergütungen hat N. dann einen Teil an Hundertmark abgegeben. Die Art der Berechnung dieser Vergütungen und ihrer Verbuchung in den Büchern der Dortmunder Mühlenwerke waren mitbestimmend für die Verurteilung Nientimps und Hundertmarks.

Nientimp bleibt auch in der Berufungsverhandlung dabei, daß er die Vergütungen von den Dortmunder Mühlen für seine umfangreichen Arbeiten für die Interessen der schwer um ihre Existenz kämpfenden deutschen Mühlenindustrie erhalten habe. Er habe der Firma insbesondere wirtschaftspolitische Informationen zugehen lassen, damit sie rechtzeitig disponieren konnte. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er diese Beträge nicht versteuert habe, erklärte er, daß die Bäckermeister so kleinlich seien und ihm eine Ausgewisheit hätten, wenn sie von diesen Nebenbeträgen erfahren hätten. Er habe zwar wegen der Steuerhinterziehung Gewissensbisse gehabt und sie dadurch beschwichtigt, daß er seiner Frau gesagt habe: „Wir wollen uns ein freiwilliges Opfer auferlegen und die hinterzogenen Beträge einem guten Zweck zuführen.“ Der Vorsitzende gerät über diese heuchlerische Ausrede dermaßen in Harnisch, daß er bemerkt, daß sie ein recht bezeichnendes Licht auf den Angeklagten werfe.

Die Bezüge Nientimps wurden, wie wir schon weiter oben andeuteten, besonders errechnet. Ein Prozent erhielt er, und das sei nur ein buchtechnisches Manöver. Ein namenloses Provisionskonto war für ihn nur deshalb angelegt worden, weil sein Name nicht in den Büchern erscheinen sollte. Ähnlich wie bei Sklareks wurden die Gelder in einem verschlossenen Briefumschlag übergeben, und zwar im Wartesaal des Dortmunder Hauptbahnhofes, wo Nientimp seine Reisen Berlin-Bochum zu unterbrechen pflegte, um mit Direktor Brandenburg zu verhandeln.

Sportschau der SAZ

Der Klassenkampf um den Sport

von Kurt Stechert

Wir haben den Sport nicht als ein in den Wolken schwebendes Gebilde, „jenseits von Gut und Böse“, sondern als eine gesellschaftliche Funktion aufzufassen. So wenig wir schwimmen können, ohne naß zu werden, so wenig können wir den Sport, der eine gesellschaftliche Funktion ist, losgelöst von der Gesellschaft pflügen, noch betrachten und bewerten.

Um dem selbstbewußt gewordenen Proletariat den Sport als Machtfaktor zu entwickeln und die angeblich neutrale Haltung der bürgerlichen Sportbewegung theoretisch zu unterbauen, reden die Theoretiker des bürgerlichen Klassensportes stets vom Sport als unpolitischen „Selbstzweck“, oder vom Sport „an sich“ und behaupten, daß nur ein politisch unberührter Sport sittlichen Wert habe, sittlichen Inhalt trüge. Aber diese bürgerlich-philosophische Sportbetrachtung läuft hinaus auf verwaschene Volksgemeinschaftsideologie, den großen Wunsch des Bürgertums, und ist bürgerlicher Klassenkampf um den Sport. Diesen Klassenkampf um den Sport, den das Bürgertum gegen das Proletariat führt, haben wir mit dem Klassenkampf des Proletariats zu beantworten, haben diese Ideologie in das rechte Licht zu rücken. Dahinter verbirgt sich der Kampf gegen das Proletariat, für die Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsführung. Der Klassenkampf um den Sport ist ein Teil des „Klassenkampfes um den Menschen“. Und wir müssen uns klar darüber sein, daß die sportliche Entwicklung oder auch Verkrüppelung eher wächst als zurückgeht, und wir haben wachsam zu sein, denn hier liegen große Gefahrenquellen. Wenn der Sport nicht in „richtigen“ Händen liegt, kann er zu einer ungeheuren Macht des Gegners werden. In England beherrscht der Sport so das Feld, daß die meisten Genossen klagen. Es ist nichts auszufangen, auch mit der Jugend nicht — die englische Arbeiterbewegung ist noch immer eine Bewegung ohne Jugendbewegung, was sehr bedenklich ist —, bei uns, so sagen die englischen Genossen, kommt erst der Sport und dann auch noch nicht die Politik. Der Zustrom zum Sport wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, stärker werden und wir müssen diesen Strom abfangen, um ihn in das Sammelbecken der proletarischen Energien fließen zu lassen. Dann kann er, dem Bürgertum entzogen, aufbauend für das Proletariat sein.

Die bürgerlichen Sportenthusiasten wollen oder können aus ihrer Klassenlage heraus den Sport nicht klassenmäßig beinhalten sehen. Sie entsinnen sich scheinbar auch gar nicht mehr, daß die Begriffe und Anschauungen des Feudalismus auch nicht ihre Anschauungen und Begriffe waren.

Was vollzieht sich in unserer Gegenwart? Das Bürgertum, nach dem langen und blutigen Kampf gegen die ihr zu eng gewordene feudale Gesellschaftsordnung zur Macht gelangt, entwickelte sich in rasendem Tempo und entfaltet die ihr eigentümliche Produktionsweise, den Kapitalismus. „Die Bourgeoisie hat die bestehenden Klassengegensätze nicht aufgehoben, sie hat sie nur vereinfacht.“ Das Ideal der freien Persönlichkeit — verkündet unter dem Motto „Freies Spiel der Kräfte“ und „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ — scheiterte an eigenem System derer, die dieses Ideal verkündeten.

Im Schoße der Bourgeoisie wurde das Proletariat, das die geschichtliche Aufgabe zu

erfüllen hat, die Bourgeoisie und ihre Produktionsweise, den Kapitalismus, dereinst wieder zu überwinden. So ist die Bourgeoisie die Klasse, die ihre Macht zu erhalten bestrebt ist, das Proletariat jedoch die Klasse, die im Interesse ihrer Befreiung die Macht zu erobern hat. In der Verschiedenheit der Aufgaben und in der Tatsache, daß beide Klassen um die Erfüllung ihrer Aufgaben aus ökonomischem Zwang heraus ringen, ununterbrochen, ständig ringen müssen, liegt es denn auch begründet, daß sich das Proletariat auch auf dem Gebiet des Sportes selbständig machen mußte. Eine klassengesplittene Gesellschaft versetzt die Menschen in einen dauernden Kriegszustand, ohne auch nur einen Tag Urlaub zu geben, und so müssen sich auf allen Gebieten des Lebens Widersprüche ergeben, die dann schließlich, was den Sport betrifft, auch 1893 zur Gründung des heutigen Arbeiter-Turn- und Sportbundes führten.

(Schluß folgt.)

Berliner Handballer mitten in der zweiten Runde

In der Abteilung A der 1. Klasse kommt nur eine Begegnung zum Austrag. FTGB-Osten und FTGB-Nordost treffen um 15 Uhr auf dem Platz Laskerstraße zusammen. Es ist auch diesmal ein rassistes Spiel zu erwarten, das den Zuschauern alle Feinheiten des Handballspiels bietet. Als Haupttreffer des Sonntags gilt in der Abteilung B das Spiel zwischen FTGB-Süden und FTGB-Nordring ab 14 Uhr auf dem Schöneberger Dominikusplatz. Noch schärfer als in der ersten Begegnung werden beide Mannschaften ein fabelhaftes Handballspiel vorführen und vollendete Kunst zeigen. Für den Abteilungsleiter FTGB-Süden muß das Spiel diesmal schärfer bewertet werden, weil Nordring am letzten Sonntag bewiesen hat, daß sie allerhand zu leisten vermögen. — Eintracht, Mahlsdorf, fährt mit großen Hoffnungen zur FTGB-Oberspree nach der Wuhlheide 254. Mahlsdorf besitzt sicher die Fähigkeiten, den Sieg an sich zu reißen. Spielbeginn um 10,30 Uhr. — Der ASV Schöneberg muß in Luckenwalde, Platz Hetzheide, gegen die dortigen Sportler antreten. Beide Parteien haben wir als Ueberraschungsmannschaften kennengelernt. Daher können wir auch schwer etwas Positives im voraus sagen.

Bezirksklasse Osten: In der Abteilung A treffen wohl die stärksten Gegner im Spiel FT Erkner gegen TSV Kaulsdorf in Erkner, Platz am Dämeritzsee, um 13.15 Uhr, zusammen. — Friesen, Fürstenwalde, trifft um 14,20 Uhr

auf dem Friesenplatz auf die FTGB-Adlershof. Fürstenwalde gilt als Favorit. — Ein gleichwertiges Treffen geht in Abteilung B zwischen ASC und FTGB-Lichtenberg im Neuköllner Stadion, Platz 6, vor sich. Beginn 11 Uhr. — FTGB-Stralau gegen Eiche, Bohnsdorf, um 12 Uhr, Platz Laskerstraße. — Abteilung C: Strausberg gegen Kalkberge um 14 Uhr, Platz Marienberge. VFL Ostring gegen Rehfelde um 14 Uhr im Lichtenberger Stadion. — FC Oberspree gegen Eintracht, Mahlsdorf 2, um 14 Uhr Plänterwald.

Ruderer und Kanufahrer: Schweifsterne gegen FTGB-Ruderbezirk um 9,30 Uhr Platz Treseburg-Ufer — FTGB-Kanubezirk gegen RV Vorwärts um 10 Uhr Platz Normannenstraße — Rudervereinigung 1913 gegen Undine um 10 Uhr Platz Wuhlheide.

Bezirksklasse Norden: Abteilung A: FTGB-Rosenthal gegen Friedrichsthal um 14 Uhr in Rosenthal — FSV Tegel gegen FTGB-Nordring 2 um 10 Uhr in Tegel. Graf-Rödern-Korso. — Abteilung B: SAV Rotweiß gegen FTGB-Norden 1 um 8,20 Uhr, Platz Schönhauser Allee. — ASV Wedding gegen FT Schwante um 11 Uhr in den Rehbergen.

Bezirksklasse Westen: Nowawes gegen Brandenburg, 1. Bezirk, um 14 Uhr in Nowawes. — FTGB-Spandau gegen Fr. Schwimmer Falkensee um 13,30 Uhr Platz Seeburger Str. — FSG Siemensstadt gegen FT Potsdam um 15 Uhr, Platz Jungfernheide.

Bezirksklasse Süden: FT Wilmersdorf gegen ASV Schöneberg um 10,10 Uhr, Ciceroplatz — FTGB-Süden gegen Berlin XII um 11 Uhr, Dominikusplatz — FTGB-Lankwitz gegen FTGB-Friedenau um 11,45 Uhr in Lankwitz — FTGB-Süden 3 gegen FSV Fichte um 14,20 Uhr.

Serienspiele im Wasserball

Am kommenden Sonntag stehen sich im Lunabad um 21 Uhr Union und Freiheit gegenüber. Trotz der schnellen Schwimmer wird sich Freiheit wahrscheinlich der größeren Spielerfahrung von Union beugen müssen.

... und bei den Hockeyspielern

Der Freie Hockey-Club in Spandau empfängt auf heimischen Boden in der Wilhelmstraße den Arb.-Sport-Verein Rot-Weiß 1. Es wird ein heißer Kampf. Die Spandauer werden alles aufbieten, Rot-Weiß ein ebenbürtiges Spiel zu liefern. Beginn um 14,30 Uhr. — Der Sportverein Moabit 1 muß nach Pankow zur dortigen Freien Sportvereinerung fahren. Gewinn und Punkte dürften ihnen zufallen, wenn sie den Gegner nicht zu leicht nehmen. Beginn um 9 Uhr. Platz Kissingenstraße. — Im Neuköllner Stadion, Platz 1, werden sich der Athletik-Sport-Club und der VFL Ostring 1 treffen. Die Gäste werden als Sieger erwartet. Beginn um 10,30 Uhr. — Auf gleichem Platz um 14,30 Uhr wird Volkssport Neukölln 1 die FTGB-Tempelhof 1 empfangen. Auch dieser Kampf wird interessant werden, da die Neuköllner bereits in sicherem Besitz der Abteilungsleitung sind und dem Kampf somit Punktnote fehlt. — Arb. Sportver. Rot-Weiß 2 und FFL Ostring 2 treffen sich in einem Pflichtspiel. Da beide Mannschaften in der

Serie nicht gegeneinander spielen, dürfte der Kampf einen wertvollen Aufschluß über die jeweilige Spielstärke geben. Beginn 10,30 Uhr, Platz Schönhauser Allee. — Bei den Frauen kommt nur ein Spiel zwischen Volkssport Neukölln und dem VFL Ostring zum Austrag. Beginn 13,30 Uhr im Stadion Neukölln.

Weitere Spiele: FTGB-Osten 1 gegen FTGB-Osten 2 um 9 Uhr. — ASV gegen SV Moabit 2 um 9 Uhr im Neuköllner Stadion. — Volkssport Neukölln 2 gegen ASV Schöneberg ebenda um 12 Uhr. — Rot-Weiß 3 gegen VFL Ostring 3 um 13 Uhr in der Schönhauser Allee.

Fußball in Burgstädt-Limbach

Claunitz spielt am Sonntag auf eigenem Platz gegen Röttha-Leipzig. Es muß gegen die sympathischen Gäste, deren Können nicht gering ist, auf dem Posten sein. Anstoß: 14 Uhr. Röhrsdorf muß gegen Glösa Vorsicht walten lassen. höchstwahrscheinlich wird hier schon vormittags gespielt. Lunzenau sollte den Neuling Taucha-Penig sicher abfertigen, darf jedoch nicht leichtsinnig dabei werden. Anstoß: 13 Uhr. Taura I empfängt 13,30 Uhr Wechselburg I, hier wird ein heißer Kampf um den Sieg einsetzen, da beide über gutes Können verfügen. Rubdorf wird gegen Waldenburg aus dem Muldental einen schweren Stand haben, um zu triumphieren. Anstoß: 14 Uhr.

Jahreshauptversammlung der 3. Handbällner-Gruppe des Vogtlands

am 16. Januar im Turnerheim, Chrieschwitz, abends 6 Uhr. Jede Mannschaft hat den Spielleiter, Spielführer und noch einen Genossen zu entsenden. — Tagesordnung: 1. Anwesenheit, 2. Berichte: a) Obmann, b) Schiri, c) Beri, 3. Anträge, 4. Wahlen 5. Gruppenangelegenheiten, 6. Verschiedenes. Vereine, nutzt euer Delegationsrecht und seid pünktlich.

Kleine Sportnachrichten

Spielleute, Bezirk Zwickau, Sonntag, den 17. Januar, 9 Uhr, im Turnerheim Weidau, Bezirksvereinsversammlung. Alle Vereine müssen vertreten sein.

Versammlung des Arbeiter-Turnvereins Prennitz (Mark). Der Arbeiter-Turnverein hat seine Generalversammlung am Sonntag, den 16. Januar, abends 26 Uhr, im Jugendheim.

Organisationsnachrichten

SAP

Ortsgruppe Weißensee: Heute alle Genossen, 16 Uhr, beim Gen. Gottlieb, Streustr. 118, zur Zeitungsaktion. — Abteilung Hohenschönhausen: 16 Uhr beim Genossen Müller, Gr. Leegestr. 48.

SJV

Heute, Sonnabend, 16. Januar: Falkenberg: Heim, Gemeinschaftshaus, Tagespolitik. Mariendorf: „Rote Pioniere“ Heim, Marienfelde a. Bfl., Tagespolitik. Spandau: Heim, Lindenauer 2, Arbeitsgemeinschaft: Revolutionsmarxismus. Aktionsbezirk Nord-Ost: Von 4-6 Uhr bei Beck, Meyerheimstraße 9, Flugblattverteilung. 20 Uhr, Kursus: Heim, Prenzlauer Allee 34, Kommunistisches Manifest. Spieltrupp „Roter Sturm“ und „Rote Pioniere“: Heute, 19 Uhr, Prenzlauer Allee 34, über. Spieltrupp „Rote Signale“: Heim, Prenzlauer Allee 34, 18 Uhr, über.

Morgen, Sonntag, 17. Januar: Alle Karten für unsere „Elysim-Veranstaltung“ müssen bis 10 Uhr an der Kasse abgerechnet sein. Ganz wenige Karten sind noch an der Kasse erhältlich. Unterbezirk Neukölln: Heimabend fällt aus. Pankow „Erste Reihe“: Treffpunkt 1:10 Uhr, U-Bahn Vindlastraße.

Religionslehre: Montag, 18. Januar, Heim, Prenzlauer Allee 34, 20 Uhr. Aus jeder Gruppe muß ein Genosse oder ein Genosse anwesend sein. Thema: Massenpsychologie. Freireligiöse Gemeinde: Sonntag, 11 Uhr, Pappel-Allee 15, Vortrag des Herrn Curt Witthauer: „Die soziale Frage und das Massenproblem. Gäste willkommen.“

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges., m. b. H., Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ, Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ erscheint täglich außer Montags

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Koptergarben E 2 204

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Koptergarben E 2 2905

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2,70 und RM —,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM —,36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,80 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete. Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges., m. b. H.“, Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 2, Nr. 153 028.

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich . . . 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung,
Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Volkstheater
Theater d. National.
D 1, Norden 2946
8 Uhr
Die Großherzogin
von Grolstein

Rose-Theater
Große Frankfurterstr. 132
Telefon: E 7 Westfal 3422
6 u. 9 Uhr
Eine Frau
von Formant

Gastwirtsch. „Zur Erholungsstätte“

Inhaber: Hermann Wittke
Jeder Genosse sowie Gewerkschafter
Zimpfer Straße 37
besucht dieses schöne Lokal
Straßenbahn-Linie 1, 9 und 18
Billige Preise - Angenehmer Aufenthalt

Breslau
Schauspielhaus
Sonnab. u. tägl. 8 Uhr
neueinstudiert
Das Greizbaderhaus
mit
Helene Pachel
von der Volksoper
in Wien
und den anderen
Wiener Gästen

Haase Spezial-Ausschank
Inh.: W. Schüler
Gabitzzstr. 22 (in Nähe
des Prater) Tel. 35251
das Familienlokal des Südens
Vereinszimmer und Saal zu Versammlungen
und Festlichkeiten jeder Art

Hamburg
Volksheim E. V., Hamburg
Hammerbrook, Sachsenstr. 21
Volksheim Lichtspiele
Das Kino des Arbeiters
Sonnabend, 16. Januar, 20 Uhr.
Sonntag, den 17. Januar 19 und
21 Uhr bringen wir folgendes
Programm:

1. Kaczmarek
Ein Schwank aus der „glor-
reichen alten Zeit“
2. Buster Keaton, der Student
Der große humoristische
Sportfilm
3. Weekend-Freuden
Ein Filmgrotteske in 2 Akten
4. Reuß - Tier - Film
Eine Naturstudie

Unsere Preise: Sonnabends zahlen
Verdiener 0,50, Sonntags 0,70. Ju-
gendliche und Erwerbslose zahlen
nur 0,30 M.
Im Lesezimmer des Volksheims
liegen die Schriften und Zeitungen
des SAP. aus

Sachsen
Gewerkschaftshaus P'auen
Sonntag, den 17. Januar 1932
in den Gasträumen
Großes
Künstler-Konzert
Punkt 8 Uhr! Großes Platzaus-
losen! 5 wertvolle Gewinne!
Im Prachtsaal der beliebte Tanz!
Neueste Schlager! Flotte Musik!
Unser Schlager: 1930er Niersteiner Domthal M. 1,50
Küche und Keller bieten wie bekannt das Beste!
Freundlichst ladet ein:
Die Geschäftsleitung: Willy Höfer und Frau

Tv. Freie Turnerschaft
Mylau i. V.
Am Sonntag, 17. Jan., 16 Uhr, halten
wir in der Halle unsere diesjährige
Hauptversammlung
ab. Turngenossen u. Genossinnen, er-
scheint zahlreich! Wichtige Tagesordnung
Der Turnrat.

Kritik an den Programmen
der
deutschen Sozialdemokratie
übt Anna Siemsen im 4. Buch der „Roten Bücher“
der „Marxistischen Büchergemeinde“.
Es ist
ein Buch das jeden angeht!
Bestellt sofort das
4 Buch der „Marxistischen Büchergemeinde“ von
Anna Siemsen
„Auf dem Wege zum Sozialismus“
Preis 4 T.S. 1. Mitglieder der MDG 3.- RM
Freie Verlags-Gesellschaft m. b. H.
Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67

Paradies Gablenz
Ab 14. bis 18. Januar 1932
Ausschank eines hochfeinen
Ötälischen Sockbieres
Hierzu ladet alle Freunde
und Gönner herzlich ein
Laise, verw. Schmauß
Flotte Bedienung — Rettig
und Mützen gratis

SAP Der tägliche Vormarsch

Überall vorwärts

Zwickau, eine der besten und aktivsten Ortsgruppen im ganzen Reich, meldet seit der Gründung 170 Neuaufnahmen. Das ist um so beachtlicher, als sofort bei der Gründung der größte Teil der SPD-Funktionäre Zwickaus zur SAP übergegangen ist.

In Kamenz wurden im Anschluß an eine öffentliche Versammlung 14 neue Mitglieder aufgenommen.

In Gotha wurde eine Ortsgruppe der SAP gegründet, der sich ein bisheriges Vorstandsmitglied der SPD anschloß.

In Lünen traten nach einem Referat des Genossen August Siemens 17 neue Mitglieder der Partei bei.

Ein Vorsichtiger

Bürgermeister als Wegbereiter des Faschismus

Löbau, 14. Januar.

In unserem kleinen Städtchen sind die Nazis schon lange „hoffähig“. Die Polizei jedenfalls bemüht sich nicht erst seit gestern, das Wohlwollen dieser zukünftigen Herrscher im „Dritten Reich“ zu verdienen. Schützend stellte sich der Herr Bürgermeister vor seine Mannen, wenn sie Arbeiter zum höheren Ruhme des Nationalsozialismus mit ihren Gummiknüppeln bearbeiteten. Nun aber hat sich der Herr Bürgermeister, dem man in grauen Vorzeiten einmal demokratische Neigungen nachgerühmt hat, endgültig in den Dienst der Hakenkreuz-Zukunft gestellt. Oder wie anders wäre es zu erklären, daß er die Verbreitung eines Flugblattes unserer SAP-Gruppe verboten hat, weil darin die folgenden Sätze enthalten sind, die wörtlich dem Artikel „Mobilisierung“ des Genossen Rosenfeld entnommen wurden:

„Außerhalb des Parlaments ist eine der wichtigsten Waffen des Proletariats die Arbeitsverweigerung. Eine Waffe, die auch in Krisenzeiten ein taugliches Kampfmittel sein kann, ja sein wird, wenn die Arbeiterschaft nur in der Anwendung dieser Waffe einig ist. Deshalb kommt jetzt alles darauf an, der Arbeiterschaft die Waffe des Generalstreiks in die Hände zu legen. Keine Gewerkschaftsversammlung mehr, keine Betriebsversammlung mehr, keine Zusammenkunft von Arbeitern mehr, ohne das Gelöbnis zu fordern, in dem Augenblick, da Hitler sich anschickt, im Reich auch nur ein Zipfelchen der Macht zu ergreifen, den Generalstreik auszurufen und ihn durchzuführen, bis Hitler zurückgeschlagen und der Sieg errungen ist.“

Ueber die Qualifikation des Herrn Bürgermeisters für das „Dritte Reich“ sind wir nun orientiert. Aber wir sind gespannt darauf, ob die Stadtverordnetenfraktion der SPD dem Herrn dabei hilft, sich als Wegbereiter des Faschismus in Löbau weiter zu betätigen. Auch daraus werden dann einige Schlüsse zu ziehen sein.

Sie behalten sich alles vor

Wie die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP mitteilt, sind die von verschiedenen Blättern verbreiteten Meldungen, daß in den Verhandlungen um die parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten seitens der nationalsozialistischen Parteiführung über die Kandidatenfrage für die verfassungsmäßige Volkswahl verhandelt oder auch nur gesprochen worden sei, völlig unzutreffend. In den Verhandlungen habe nur die Liquidierung der „verfehlten Brüning-Aktion“ in einer für die Interessen des deutschen Volkes erträglichen und angemessenen Weise zur Debatte gestanden. Darüber hinaus habe die NSDAP zur Volkswahl selbst in den Verhandlungen keinerlei Stellung genommen und sich ihre Entschlüsse vorbehalten.

Diplomatisches Manöver?

Merkt Brüning etwas?

London, 15. Januar.

Der politische Korrespondent des Star stellte gestern abend die Behauptung auf, die verfrühte Veröffentlichung der Erklärung Dr. Brünings sei auf das Abhören eines Telefongesprächs zwischen der britischen Botschaft in Berlin und London zurückzuführen, in dem die Mitteilungen des Reichskanzlers an den englischen Botschafter nach London übermittelt wurden. Niemand wisse genau, wo die Belauschung des Gesprächs stattgefunden habe. Dieser oder jener halte es für möglich, daß ein Hitleragent oder ein Telefonbeamter mit Sympathien für die Nationalsozialisten eine Niederschrift des Gesprächs besorgte.

Hoover kandidiert wieder

Washington, 15. Januar.

Der Generalpostmeister Brown, der der Wahlmacher Hoovers ist, besuchte am Donnerstag den Präsidenten im Weißen Haus. Danach erklärte er, daß Hoover ohne Zweifel wieder bei der Präsidentschaftswahl aufgestellt werde. Ackerbauminister Hyde sprach sich ähnlich

Der Breslauer Kommunistenprozess

Zusammenbruch der Anklage?

Nazi-Provokationen als wahr unterstellt

Noch immer wird jeder Eintretende nach Waffen durchsucht. Das nötige Grundvertrauen der Kommunisten darf ja nicht ausbleiben. Die Zeugenvernehmung beginnt mit dem Aufruf des Kriminalkommissars Schäfer. Er hat die Angeklagten kurz nach ihrer Verhaftung vernommen und schildert ihre Aussagen. Nach Beendigung der Vernehmung stellt die Verteidigung den Antrag, die Angeklagten Lausch und Kurt Markus aus der Haft zu entlassen. Sie wurden in der ersten Instanz zu sieben bzw. zehn Monaten Gefängnis verurteilt, befinden sich aber schon acht Monate in Haft, obwohl kein Fluchtverdacht besteht und der größte Teil der zu erwartenden Strafe verbüßt ist — Klassenjustiz. Staatsanwalt Patschowsky widerspricht dem Antrag. Wann widerspricht er einmal nicht? Das Gericht verfügt die Haftentlassung.

Der nächste Tag beginnt mit einem Beschluß; die Anwesenheit der Angeklagten und bereits vernommenen Gastwirtin Gnebel wird nicht mehr für unbedingt erforderlich erklärt. Zu einem energischen Protest der Verteidigung kommt es bei der Vernehmung des Kriminalkommissars Gatzke. Er ist Leiter der politischen Abteilung und bezeichnet den „Kampfbund gegen den Faschismus“ als eine Unterabteilung der KPD. Auf Grund dieser Angabe erfolgte das hohe Strafmaß der ersten Instanz. Das Gericht stellt trotz des Widerspruchs des Staatsanwalts fest: der Kampfbund ist keine Unterorganisation der KPD. Gatzke sagt dann aus, daß er von den Anordnungen der Polizei, nach denen der Stahlhelm nicht durch die Tatstraße ziehen dürfte, nichts wisse. Der Vorsitzende erklärt, dieses Verbot habe bestanden, und es wäre also gar nicht zu dem Ueberfall gekommen, wenn der Stahlhelm sich an das Verbot gehalten hätte. Durch diese Feststellung wird das Urteil erster Instanz wesentlich entkräftet.

Kriminalkommissar Klapper gibt auf Anfragen der Angeklagten zu, daß ihnen hohe Strafen angedroht worden seien. Polizeihauptmann Engel bestätigt das Verbot des Durchmarsches des Stahlhelms durch die Tatstraße. Damit ist erwiesen, daß

eine absichtliche Provokation der Arbeiter durch den Stahlhelm vorliegt.

Die nachfolgenden Stahlhelmzeugen können auf entscheidende Fragen nichts Genaues bekunden. Die Verhandlung endet mit einem Antrag des Verteidigers Dr. Bach auf Verlesung eines Artikels, der von Ueberfällen des Stahlhelms auf die Arbeiterchaft spricht. Es handelt sich dabei um einen Artikel der sozialdemokratischen „Volkswacht“. Der Staatsanwalt fordert zehnerseits die Verlesung eines scharfen Artikels der kommunistischen „Arbeiterzeitung“.

Der heutige Verhandlungstag bringt das Gutachten der Sachverständigen. Sie schreiben den Tod des Stahlhelms nur dem Schuß zu, dessen Urheber nicht ermittelt ist. Damit werden aber alle und vor allem die den Angeklagten Rother belastenden Kombinationen hinfällig. Das Stückchen Haut, das man bei Rother fand, rührt von einer Hautkrankheit des Erschossenen her. Es kann sich durch einen leichten Schlag gelöst haben.

Überhaupt beginnt die Anklage mehr und mehr in sich zusammenzufallen. Der Zeuge Lausch z. B. ist, wie die Zeugin Frau Markus bekundet, während der ganzen Vorfälle im Lokal und nicht bei der Schlägerei auf der Straße gewesen. Lausch würde in erster Instanz zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Als richtig unterstellt wurde ferner, daß Ueberfälle von Stahlhelmlisten auf die Arbeiter stattgefunden haben! Die Anträge auf die Ladung des Koblenzer Polizeipräsidenten und die Herbeischaffung die-bezüglicher Akten wurden damit abgelehnt.

Als nächster wird der Zeuge Rother vernommen. Er hat zwei bis drei Schüsse gehört, aber den Schützen nicht gesehen. Die Vernehmung der Kleinert, der Braut des Rother, ergibt trotz der Suggestivfragen, die man an sie richtet, nichts Belastendes. Zeuge Metzner hat gesehen, wie man auf Müller einschlug. Einer trat dann ins Haus und schloß. Erkannt hat er den Täter nicht. Zeuge Weja lag schon im Bett, da hörte er einen Schuß und sah vom Fenster seiner Wohnung aus die streitenden Parteien. Die Frau des Angeklagten Mücke verweigert die Aussage. Nach der Vernehmung der Ehefrau des Alfred Markus, deren Beidung zwar beantragt, aber vom Gericht abgelehnt wird, gibt Sachverständiger Medizinalrat Dr. Gräser sein Gutachten ab. Der § 51, das geht aus seinem Gutachten immer wieder hervor, kommt für keinen Angeklagten in Frage. Es war ein Fehler, das ist unsere Meinung, daß die Verteidigung überhaupt dieses Thema anschnitt. Die Tat ist aus ganz anderen Gründen zu erklären. Und dies hat schon das Sachverständigengutachten viel besser gestreift. Die politische Atmosphäre des Stahlhelmtages war provozierend. Dazu kam die Erwerbslosigkeit, die ständige Depression, der schlechte Ernährungszustand, der Hunger mit anderen Worten, und die leichte Erregbarkeit der Angeklagten. Hier liegen die Ursachen für die Vorgänge, deren gerichtliches Nachspiel wir jetzt erleben. Die Beweisaufnahme schließt mit der Vernehmung einiger Zeugen, die einen Widerspruch zu den Aussagen des Zeugen Werner, an deren Richtigkeit man Zweifel hatte, nicht ergeben. Das Gericht verkündet dann, daß Donnerstag und Freitag nicht verhandelt wird. Die Plädoyers folgen am heutigen Sonnabend.

Der Stand der Reparationsfrage

„Zwischenlösung“ in Lausanne?

England und Frankreich nähern sich / Brünings Opfer für die Nazis

Berlin, 15. Januar

Das Rätselraten um die kommende Reparationskonferenz geht in der deutschen Presse weiter am laufenden Band. Völlige Desorientiertheit herrscht. Jede Äußerung des Auslands, die den „deutschen Belangereichen“ schmeichelt, wird groß aufgezogen, triumphierend dem bösen „Erbfeind“ entgegen geschwenkt, worauf dann — wie im Fall Layton — am anderen Tag in katzenjämmerlicher Stimmung von dem „Umfall des Engländers“ berichtet werden muß. Man kompliziert oder vereinfacht je nach Bedürfnis. Ein bißchen Kenntnis der Tatsachen (worüber man großzügig wegsieht), der bewegenden Kräfte und Interessen in den ausländischen Staaten, dazu ein wenig marxistische Schulung (die den bürgerlichen Journalisten nun schon gar fehlt), und man könnte nie und nimmer zu den Schlußfolgerungen kommen, die heute ein ganzes Volk in einen Revisionswahn gepetscht haben, der an Gefährlichkeit dem Kriegswahn von 1914 in nichts nachgibt.

Im Vordergrund des Interesses steht zur Zeit ein

Programm vorschlag Keynes für die Lausanner Konferenz

aus der Feder des bekannten englischen Wirtschaftssachverständigen. Auch Keynes tritt ein für eine Vertagung der Konferenz. Er schreibt:

„Gemäß dem Hoover-Moratorium ist Deutschland am 15. Juli d. J. zur Wiederaufnahme seiner Zahlungen verpflichtet. Aber die Kriegsschuldenzahlungen an Amerika beginnen nicht vor dem 15. Dezember. Somit ist es möglich, das Deutschland gewährte Moratorium um fünf Monate zu verlängern. Die Beschlüsse, die in Lausanne zu fassen sind, könnten deshalb die folgende Form annehmen:

1. Ein Versprechen der Alliierten, Deutschland noch in diesem Jahre einen präzisierenden und endgültigen Vorschlag für die endgültige Festsetzung seiner Verpflichtungen zu machen, zugleich mit irgendwelchen weiteren Zugeständnissen, die sie anbieten können, um Deutschland seine Aufgabe leichter und schmackhafter zu machen und um der Kriegsatmosphäre mit einem Händedruck und einem aufrichtigen Freundschaftsangebot ein Ende zu bereiten.

2. Eine Vereinbarung, die Entwicklung der Wirtschaftskrise während weiterer sechs Monate zu beobachten, bevor dieses Angebot gemacht wird.

3. Im Hinblick auf diese Ziele eine Verlängerung des Moratoriums Deutschlands bis zum 15. Dezember und eine Vertagung der Konferenz um sechs Monate.“

Je mehr sich der Zeitpunkt der Tagung in Ouchy nähert um so deutlicher wird die englische Presse, um so klarer spricht sie aus, daß die Bedingungen einer endgültigen Regelung die jetzigen Gläubiger Deutschlands nicht benachteiligen dürften. Trotz aller gegenwärtigen Versicherungen in der deutschen, zum Teil in

der englischen und italienischen Presse, daß es mit einer Zwischenlösung nicht genug sei, trotz aller Betonung, daß Differenzen zwischen der englischen und französischen Auffassung bestehen — sie bestehen wirklich, da die Engländer und Amerikaner in erster Linie um ihre privaten Kredite Sorge haben —, trotz all dieser Differenzen ist das gemeinsame Interesse in Endeffekt stärker und drängt zu dieser Zwischenlösung. So wenig wie Frankreich hat England Lust, Schulden aus eigenem zu zahlen, ohne dafür den Gegenwert als Gläubiger Deutschlands zu erhalten. Gleichmäßig ist beiden die Unlust, die Steuerlast des eigenen Bürgers zu erhöhen, während die Last des deutschen Schuldners erleichtert wird. Kommt noch hinzu, daß mehr noch als Frankreich England fürchtet, daß eine weitere Entlastung Deutschlands den Konkurrenzkampf schwieriger macht. Diesem Gedanken gibt z. B. die „Daily Mail“ unumwunden Ausdruck. Auch die „Evening News“ meinen: „England habe allen Grund zur Besorgnis um seine Industrie, wenn es mit der Industrie eines Landes wie Deutschland zu konkurrieren habe, dessen innere Schulden nur etwa ein Zwanzigstel je Kopf der Bevölkerung im Vergleich zu England betragen.“

Ebenso werden langsam die Stimmen dünner, die sich bisher gegen die Franzosen gewandt haben, und dafür wird um so deutlicher das Zusammengehen von England und Frankreich befürwortet. Um eine Zusammenarbeit zwischen den Kabinetten von Paris und London bemüht sich ebenso eifrig die offiziöse französische Presse, die, wie der „Temps“, außerordentlich scharfe Töne gegen die „zu brusken und zu häufigen Schwankungen“ Brünings anschlägt und mit einer ganz ungewöhnlichen Deutlichkeit davon spricht, daß es notwendig wäre, im Hinblick auf die Situation in Berlin eine „europäische Einheitsfront“ zu organisieren, um der Gefahr zu begegnen, die der ganzen zivilisierten Welt droht“. Aus dem ganzen Zusammenhang kann man kaum anders schließen, als daß es sich hier weniger um die Einheitsfront Amerika gegenüber handelt als um eine Einheitsfront gegen das vom Faschismus Hitlers verseuchte Deutschland. Denn das ist die Meinung des „Temps“, und nicht nur des „Temps“, daß Herr Brüning sich selbst geliefert hat, als er, um der nationalen Front zu gefallen, sich selbst die Tür zu jedem Kompromiß in Lausanne und Genf zugeschlagen hat.

Und das dürfte ja kaum falsch gesehen sein.

Selbständigkeit für Birma?

Abschluß der Rundtisch-Konferenz

London, 12. Januar.

In der heutigen Schlußsitzung der Rundtischkonferenz für das von Vorder-Indien verwaltungsmäßig abzutrennende Land Birma legte MacDonald die politischen Richtlinien der Regierung in dieser Frage dar. Er erklärte, wenn die Regierung sich davon überzeugt habe, daß das birmanische Volk die Trennung seines Landes von Indien wünsche, so werde sie bereit sein, vorbehaltlich der Zustimmung des Parlaments, Maßnahmen zu treffen, um die Verantwortlichkeit für die Gesetzgebung und Verwaltung einer Legislative zu übertragen, in der das birmanische Volk teils durch gewählte, teils durch vom Gouverneur ernannte Mitglieder vertreten wäre. Dabei müßten auch die Gemeinschaften und die Sonderinteressen angemessen berücksichtigt werden.

In Indien

weiter die „starke Faust“

Bombay, 13. Januar.

Kongreßfreiwillige marschierten am Dienstag abend von Haus zu Haus und sammelten ausländische Kleidungsstücke ein. Auf einer der größten Verkehrsstraßen wurden dann die Kleider auf einen Haufen geschichtet und angezündet. Eine riesige Menschenmenge sammelte sich um das Feuer an. Die Polizei griff ein und verhaftete mehrere Personen. Bei

einer anderen Kundgebung in Bombay wurden zwei Polizisten und 15 Kundgeber verletzt. In Ahmedabad wurde eine Massenversammlung von der berittenen Polizei mit Stöcken zerstreut. 50 Personen wurden verletzt und 30 Frauen festgenommen.

MacDonalds Kriegsminister „rüstet ab“

London, 13. Januar.

Der Kriegsminister Lord Hailsham äußerte sich bei einem Essen im Mansionhaus über die Abrüstungsfrage. Er erklärte dabei, daß die englische Flottenstärke ihre untere Grenze erreicht habe. Die Luftmacht sei nur noch ein Bruchteil dessen, was sie früher war und sei von der ersten auf die vierte Stelle gerückt. Die englische Armee reiche kaum aus, um die Ueberseegarnisonen voll zu besetzen. Es sei nicht einmal mehr ein Expeditionskorps für Ueberseezwecke vorhanden. Lord Hailsham betonte in diesem Zusammenhang, daß er als englischer Vertreter an der Abrüstungskonferenz teilnehmen werde. Er ging dann noch auf die Wichtigkeit der Territorialarmee für den Heimatschutz ein. Die Leistungsfähigkeit der Territorialarmee müsse gefördert werden.

Uruguay zahlungsunfähig

Montevideo, 15. Januar.

Die Kammer hat die Regierung ermächtigt, die Amortisierung der auswärtigen Schulden Uruguays auszusetzen.

Erhöhung der Zinsspanne

Als dieser Tage die Neuregelung der Zinsen bei Banken und Sparkassen bekanntgegeben wurde, wird auch dem letzten Gutgläubigen der gute Glaube vergangen sein. Denn wie sah diese Regelung aus? Man setzte einen „Normalzins“ für „normale“ Sparguthaben in Höhe von 4% fest, der nur bei sogenannten Kündigungsgeldern, über die nicht täglich verfügt werden kann, überschritten werden darf, und zwar am höchstens 1%.

Auch sonst sind alle Zinsen, die Banken und Sparkassen zahlen, als Höchstsätze normiert worden. Wer aber glaubt, daß für Sparmöglichkeiten die Banken ihren Kreditnehmern berechnen, ebenfalls ein Höchstsatz festgesetzt worden ist, der irrt! Im Gegenteil, die Spanne zwischen den empfindlich herabgesetzten Haben- und den gar nicht geänderten Soll-Zinsen ist noch größer geworden und beträgt jetzt weit mehr als die Haben-Zinsen, nämlich zwischen 5 und 6%!!

Man muß auch ein wenig hinter die Kulissen sehen, um die Zusammenhänge zu verstehen. Da aber sieht es so aus: Die Sparkassen haben bekanntlich durch die Senkung der Hypotheken- und Pfandbriefzinsen einen beträchtlichen Einnahme-Ausfall, der größer ist als bei den Banken. Um diesen Ausfall ausgleichen zu können, mußte der Zinsfuß für die Spareinlagen entsprechend scharf gesenkt werden.

Und die Senkung fiel größer aus, als den Banken lieb war. Früher war es umgekehrt; da zahlten die Sparkassen, sehr zum Leidwesen der Banken, die höheren Zinsen.

Nun zanken sich die Parteien, Banken einerseits, Sparkassen andererseits, darum, was unter „normalen“ Spareinlagen zu verstehen sei. Die Sparkassen stehen, wie wir aus Südwestdeutschland erfahren, auf dem Standpunkt, daß sie die auf Sparbüchern stehenden Einlagen zum Höchstsatz von 5% verzinsen können, da das keine „normalen“ Sparguthaben seien; die Sparer könnten ja nur über beschränkte Beträge frei verfügen; alles übrige Guthaben sei Kündigungsgeld. Da die Banken damit nicht einverstanden sind, die Beschlüsse aber einstimmig gefaßt werden müssen, werden jetzt die Banken die Bedingungen ihrer Sparkonten denen der Sparkassen aus Konkurrenzgründen anpassen, um dann ebenfalls für 5%ige Verzinsung dieser nicht „normalen“ Sparguthaben zu stimmen. Was aber dann noch „normale“ Guthaben sind, weiß kein Mensch!

Während also der Sparkassen wegen die Habenzinsen auf Höchstsätze reduziert wurden, hat man den Großbanken zuliebe das gleiche bei den Sollzinsen... unterlassen. Denn die Großbanken können ihre eigenen Zinszahlungen für Auslandskredite, die um 8 und 9% herum liegen, nicht ermäßigen. Folglich brauchen sie unverändert hohe Debit-Zinsen. Das Geschäft dabei machen dann die Banken, die keine oder keine wesentlichen Auslandsschulden haben; sie bekommen unverändert hohe Zinsen für ausgeliehene und zahlen stark reduzierte für hereingekommene Gelder.

1 650 000 Wohlfahrtserwerbslose

TU. Berlin, 15. Januar

Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen, d. h. der Arbeitslosen, die noch nicht oder nicht mehr von der Arbeitslosenversicherung oder der Krisenfürsorge unterstützt werden und daher den Gemeindehaushalt belasten, ist nach Mitteilung des Deutschen Städtetages im Dezember weiter stark gestiegen. In den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern betrug der Zuwachs seit dem 30. November rund 90 000, d. i. 8,6 vH. Für die Gesamtheit der Gemeinden und Gemeindeverbände dürfte sich am 31. Dezember 1931 der Zuwachs gegenüber dem Vormonat auf mindestens 120 000 beziffern, so daß Ende Dezember in der öffentlichen Fürsorge insgesamt rund 1 650 000 Erwerbslose betreut wurden. Im vergangenen Jahre haben sich die Wohlfahrtserwerbslosen nahezu verdoppelt. Unter Zugrundelegung des gegenwärtigen Standes beträgt die finanzielle Belastung der gemeindlichen Fürsorge, aufs Jahr gerechnet, rund 1 Milliarde R.M., wenn der Aufwand von nur 625 R.M. je Partei und Jahr angenommen wird.

Lohnsenkung bei Nordwolle

TU. Bremen, 14. Januar

Der Konkursverwalter der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei und die Textilarbeitergewerkschaften haben unter dem Vorsitz des vom Reichsarbeitsminister bestellten Sonderschlichters, Staatsrat Dr. Volckers-Bremen, eine Vereinbarung über die Löhne der Konzernwerke getroffen. Die Löhne sind entsprechend den Bestimmungen der Notverordnung herabgesetzt worden.

Junkers erhöht Belegschaft

Der Auftragsbestand für die Junkers-Flugzeugwerke A.-G. hat in den letzten Wochen durch namhafte Auslandsbestellungen eine so bedeutende Erhöhung erfahren, daß er gegenwärtig wertmäßig die doppelte Höhe aufweist wie im Januar des Vorjahres. Demzufolge wird an Stelle der 40- wieder die 48-Stunden-Woche eingeführt und die Arbeiterbelegschaft von 800 auf rund 1000 Mann erhöht. Im abgelaufenen Kalenderjahr verhielt sich das Verhältnis zwischen Auslands- und Inlandsumsatz wiederum zwei Drittel zu einem Drittel, so daß der Exportcharakter des Junkers-Flugzeugwerkes trotz aller Währungsschwierigkeiten erhalten werden konnte.

Eine Woche Favag-Skandal

Frankfurt a. M., 15. Januar.

Mochte es noch vor kurzem scheinen, daß der bereits Monate währende Favag-Prozess sich endlich dem Ende näherte — die Akten sind schon längst bergehoch angeschwollen —, so haben die Vernehmungen dieser Woche eine überraschende Wendung gebracht, die das Ende unter Umständen noch lange hinauszuzögern geeignet ist. Am Montag hatte im Favag-Prozess der Verteidiger Sauerbroys, Rechtsanwalt Dr. Fürst, eine Reihe Beweisangebote gestellt, durch die nachgewiesen werden soll, daß

die Schuld am Zusammenbruch der Favag bei dem größten deutschen Versicherungskonzern, der Allianz, gelegen habe.

Schon im Herbst 1928 sei von der Allianz versucht worden, sich dem Favag-Konzern anzugliedern. Dieser Versuch sei ebenso wie ein späterer, bei dem auch der frühere thüringische Staatsbankpräsident und jetzige Frankfurter sozialdemokratische Stadtverordnete Löß mitwirkte, gescheitert. Darauf hatte sich die Allianz an Direktor Bodenheimer gewandt, der die Einsetzung eines Prüfungsausschusses angeregt habe. Obwohl der Ausschuß zur Vertraulichkeit verpflichtet gewesen sei, habe er jedoch alles Ungünstige weiter erzählt und so alle Sanierungspläne vernichtet.

Im Zusammenhang hiermit erhob der Verteidiger des Favag-Direktors Sauerbroys

eine ganze Kette sehr konkret formulierter Beschuldigungen gegen Löß. U. a. behauptete er, daß Löß im Auftrage der Allianz bei Becker in Frankfurt am Main erschienen und habe ihn dadurch gefügig zu machen gesucht, daß er ihm wieder

mehrere Millionen als Bestechungsgeld angeboten,

für den Fall der Ablehnung aber mit unheimlichen Anfragen in der Generalversammlung gedroht habe, die einen Skandal in der Öffentlichkeit hervorrufen würden. Die gesamten Bestechungsgelder, die Löß an Hand gegeben worden seien, hätten sich auf 15 Millionen Reichsmark belaufen. Becker sei über dieses Verhalten des Löß entrüstet gewesen und habe sich direkt an Generaldirektor Schmitt gewandt. Dieser habe zugegeben, daß Löß bereits am 11. Mai 1929 ein schriftliches Provisionsversprechen in Händen gehabt habe, wonach er 300—500 000 Reichsmark Provision erhalten sollte, wenn die Angliederung der Favag an die Allianz gelingen würde. Löß habe später 25 000 Reichsmark dieser Provisionssumme tatsächlich erhalten.

Löß bestreitet

Staatsbankpräsident a. D. Löß hat diese gegen ihn erhobenen Beschuldigungen in einer öffentlich abgegebenen Erklärung sofort abgestritten. Hierbei nahm Löß auch Bezug auf die Beweisaufnahme bzw. die Vernehmung der

Beteiligten in der Voruntersuchung, die eindeutig ergeben habe, daß die in dem Antrag der Verteidigung geschilderten Tatsachen entweder vollkommen unwahr oder ganz entstell wiedergegeben sind.

Gleichwohl hat das Gericht den von dem Verteidiger Fürst gestellten Beweisunterlagen stattgegeben. Die Entscheidung des Gerichts, dem Beweisangebot stattzugeben, dürfte von der Tatsache beeinflusst sein, daß die Öffentlichkeit dem Prozess große Beachtung schenkt und es deshalb als richtig erscheint, eine restlose Klärung der Verdächtigungen herbeizuführen. Als wichtigstes Moment tritt die Tatsache hervor, daß der Hauptbeschuldigte im Favag-Prozess, der frühere Direktor Becker, dessen Prozess bekanntlich wegen Krankheit des Angeklagten abgetrennt wurde, nunmehr als Zeuge vernommen werden soll. Die Aussagen Beckers stehen in vielen Punkten denen der übrigen Angeklagten entgegen.

Wie bekanntgegeben wurde, hat das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen beschlossen, dem Sachverständigen Dr. Hermannsdorfer (früher Regierungsrat im Reichsaufsichtsamt) die Genehmigung, die Akten des Reichsversicherungsamtes einzusehen und die Kenntnis aus seiner amtlichen Tätigkeit zu verwerthen, nicht erteilt, mit der Begründung, daß eine derartige Veröffentlichung „dem Wohle des Reichs abträglich sei“. (Hört, hört!)

Brutaler Rentenraub

Weitere Illustrationen zur Notverordnung

Berlin, 15. Januar.

Vom Allgemeinen Verband der Kriegs- und Arbeitsopfer, Verbandsleitung, Berlin SW 68, Ritterstr. 53, wird uns geschrieben:

Durch die 4. Notverordnung werden die Invalidenrenten der Kriegs- und Arbeitsopfer in der brutalsten Weise gekürzt oder gänzlich entzogen. Dafür nachstehend einige Beispiele aus der Praxis:

Der Kriegsbeschädigte H. Sch. in R., 100 Prozent arbeitsunfähig und pflegebedürftig wegen Lungenleidens, erhielt bisher eine Invalidenrente von monatlich 24,30 RM. Durch Bescheid vom 22. Dezember ist ihm diese Rente auf Grund der Notverordnung gänzlich entzogen worden.

Witwe K. M. in F. hat ihren Ernährer infolge eines Unfalls verloren. Sie erhielt bisher, da ihre Tochter sich in Berufsausbildung befindet, eine monatliche Rente von 104,80 RM. Auf Grund der Notverordnung fällt die Waisenrente weg, wenn das 15. Lebensjahr überschritten ist. Durch Bescheid vom 22. Dezember wurde der Witwe ihre Rente um 34,95 RM gekürzt. Wie die Witwe nun die Kosten der Berufsausbildung aufbringt, ist den Autoren der Notverordnung gleichgültig.

Ganz besonders brutal ist die Entziehung des Kinderzuschusses oder Waisenrente für gebrechliche Kinder,

die das 15. Lebensjahr überschritten haben. Der Invalidenrentner B. in L. erhielt für seine geisteskranke 32jährige Tochter bisher den Kinderzuschuß in Höhe von 10.— RM monatlich. Dieser schon so geringe Betrag ist ihm auf Grund der 4. Notverordnung entzogen worden, so daß er jetzt von seiner geringen Invalidenrente von 48.— RM monatlich auch noch

seine geisteskranke Tochter weiter ernähren muß. Die Kriegserwitwe K. in R. erhielt bisher für ihren 16jährigen Sohn, der linksseitig gelähmt und arbeitsunfähig ist, eine Waisenrente aus der Invalidenversicherung in Höhe von 13.— RM monatlich. Durch Bescheid der Landesversicherungsanstalt Pommern vom 30. Dezember ist ihr auf Grund der 4. Notverordnung

diese Rente völlig entzogen worden.

In den Kommentaren der bürgerlichen Presse zu der 4. Notverordnung hieß es, daß nur die kleinsten Renten in der Unfallversicherung beseitigt und daß in der Invalidenversicherung kleine sachliche Änderungen vorgenommen worden sind, also daß die Notverordnungen in dieser Beziehung eigentlich eine ziemlich harmlose Sache sind. Die oben angeführten Beispiele (sie können durch Hunderte anderer ergänzt werden) zeigen aber die wirklichen Auswirkungen der 4. Notverordnung, die nicht allein 400 000 Unfallrentnern die Rente völlig raubt, sondern darüber hinaus auch noch Tausenden von Kriegsbeschädigten die Invalidenrente, und Tausenden von Kindern und Waisen die Waisenrente und den Kinderzuschuß einfach wegnimmt, selbst dann, wenn sie hilflos, gebrechlich und völlig arbeitsunfähig sind.

Der bankrotte bürgerliche Staat will sich auf Kosten der Kriegs- und Arbeitsopfer sanieren und scheut dabei vor den größten Brutalitäten nicht zurück. In dieser Situation haben die proletarischen Kriegs- und Arbeitsopfer mehr denn je die Pflicht, fest zusammenzustehen und sich stärker zu organisieren, um Schulter an Schulter mit der klassenbewußten Arbeiterschaft den Kampf zu führen gegen dieses System und für eine neue Gesellschaftsordnung.

Kampf um Bankenaufsicht

Tschechoslowakische Auslandsanleihe

Prag, 15. Januar.

Der Ministerrat hat am Donnerstag die Aufnahme einer Auslandsanleihe in Höhe von einer Milliarde Kronen beschlossen. Davon sollen rund 800 Millionen Kronen in Frankreich aufgenommen werden.

Das Parlament wird nächste Woche zusammentreten und das Bankengesetz beraten. Der Direktor der Zivnostenska Banka, Preiß, hat mit seinem Rücktritt gedroht, wenn die persönliche Haftpflicht der Verwaltungsräte und der Bankdirektoren für Bankverluste durch das Gesetz ausgesprochen werden sollte. Auch sonst sind die vorgesehenen Bestimmungen über die staatliche Bankenaufsicht sehr streng. Man erwartet infolgedessen schwere Kämpfe zwischen den sozialistischen und bürgerlichen Regierungsparteien bei den Beratungen des Bankengesetzes.

Es ist für das ganze kapitalistische System charakteristisch, daß die hochbezahlten Finanzherren jede wirkliche Verantwortung für die Geschäfte, die sie mit dem Geld der anderen machen, ablehnen. „Geschäfte — das ist das Geld der anderen“, so hat schon der alte Dumas seinen Sohn belehrt. Nebenbei: die einzige Erbschaft, die dieser höchst erfolgreiche Schriftsteller seinem Sohn hinterließ. Auch das symptomatisch.

Doch zurück zu den Bankenherren! Sie sind gewöhnt, persönlich immer „richtig zu liegen“, mag die Pleite sein wie sie will. Wir haben das ja in Deutschland genügend erlebt; wohin wir auch blicken. Und wenn wirklich mal ein Stinnes oder ein Katzenellenbogen vor Gericht gezogen werden: erstens passiert ihnen nichts oder nicht viel und zweitens können sie hinterher immer noch Auto fahren und Austern in beliebiger Menge vertilgen. Je kleiner das Gehalt, um so größer die Verantwortung! Der Kassierer muß bleichen, wenn er sich irrt, der müde Lckführer wandert ins Gefängnis oder Zuchthaus, wenn ihm die leiseste Unachtsamkeit nachgewiesen werden kann — aber der „große“ Feldherr, der einen Krieg verloren, der Hunderttausende in den Tod gehetzt hat, er bekommt Pension, Denkmäler, Ehrengaben und geht ein in die nationale Siegerlegende als ein Heros. Und der „große“ Kaufmann oder Bankier, der Tausende von Existenzen niedergedrückt hat, aber immer an den Maschen des Gesetzes (des bürgerlichen!) vorbeigeschlüpft ist, er verzehrt in Ruhe den Rest „seines“ Vermögens (as Geld der anderen!) mal in seiner Villa in der Schweiz, mal in Aegypten, mal auf einer Jagdtour sich von den „Strapazen“ seines Lebens erholend.

Für die Erhaltung solch heiliger Güter lohnt es sich schon zu leben! Dafür zu sterben überläßt man gern den Dummen. Und die gibt's immer noch!

Dicht vor dem Mount Everest

Elli Beinhorns Flug

Elli Beinhorn ist von ihrem Himalaya-Flug wieder nach Kalkutta zurückgekehrt. Wie die Fliegerin berichtet, erreichte sie in den Hochgebirgen eine Höhe von 4500 m, wobei sie noch einen Passagier an Bord hatte. Bei einem anderen Flug ohne Passagier kam sie auf über 5000 m und konnte dicht bis an das Mount Everest-Massiv herangelangen. Bei diesen Flügen über den mit ewigem Eis bedeckten Bergen hatte die Fliegerin nicht nur unter scharfer Kälte, sondern auch unter Böen von ungeahnter Heftigkeit zu leiden, die die kleine Maschine hunderte von Metern in die Höhe riß. Elli Beinhorn erklärte, daß es ihr wohl gelungen wäre, noch größere Höhen zu erreichen, wenn sie weniger Gepäck an Bord gehabt hätte, da sie für den Fall einer Notlandung sich entsprechend ausgerüstet hatte. Außerdem hätte sie dazu ein Spezial-Höhenatmungsgerät benötigt. Auf jeden Fall sei eine Ueberfliegung des Mount Everest durchaus möglich wozu allerdings eine intensive Vorbereitung in technischer und fliegerischer Hinsicht notwendig sei, weil die Böen in diesem Gebirge mit geradezu unberechenbarer Heftigkeit ausbrächen.

Abscheuliche Tierquälerei

Gr. Hadersleben, 15. Januar.

In Hadersleben wird demnächst ein Prozess wegen Tierquälerei verhandelt werden. Bekanntlich hatten sich die Fischer, die den Walfisch vor der Haderslebener Förde erlegten, brutale Quälereien bei der Tötung des Tieres zuschulden kommen lassen. In der Voruntersuchung ist festgestellt worden, daß die Fischer in den Nasenlöchern des Wales einen Anker befestigten und versucht hatten, ihn damit ans Land zu holen. Weiter hatte man Eisenstangen in die Nase getrieben, um den Kolob auf diese Weise zu töten. Gegen fünf Fischer aus Aaresund ist jetzt Anklage wegen Tierquälerei erhoben worden.

18 000 Modelle verbrannt

Bautzen, 15. Januar

Am Freitag früh brach im Modellschuppen der Waggonfabrik von Linke-Hoffmann-Busch Feuer aus. Die großen Bestände an hölzernen Modellen standen in kurzer Zeit in hellen Flammen. Dem Feuer fiel der gesamte Schuppen mit etwa 18 000 Modellen zum Opfer. Der Schaden ist bedeutend. Der Vernichtung fielen auch viele Modelle von fremden Firmen anheim. Man vermutet Brandstiftung.

Drei holländische Landmesser von einem Zuge totgefahren

Dordrecht, 15. Januar

Auf der bei Dordrecht über die alte Maas führenden Eisenbahnbrücke wurden drei staatliche Landmesser von einem Eisenbahnzug erfaßt und auf der Stelle getötet. Es handelt sich um junge Leute von 20—24 Jahren, die in der Umgebung von Zwijndrecht Vermessungen für den Bau einer neuen Maasbrücke vornahmen und sich auf dem Heimwege nach Dordrecht befanden, wobei sie zur Abkürzung des Weges die Brücke überschritten. Um dem ihnen entgegenkommenden Zuge auszuweichen; begaben sie sich auf das Nebengleis. Sie überhörten infolge des Lärms des vorbeifahrenden Zuges das Herannahen des Gegenzuges. Ein vierter junger Mann, der in ihrer Begleitung war, sprang im letzten Augenblick auf die Seite, klammerte sich ans Brückengeländer und wurde so vor dem Tode bewahrt. Der Tod der drei von den Rädern zermalnten Landmesser ist von den Insassen des Zuges nicht bemerkt worden.